



CH@WORLD: A754

Schweizerische Vertretung in : Berlin	
Land : Deutschland	Letzte Aktualisierung: 4.12.2018

## Deutschland – Wirtschaftsbericht 2018

### 0. Zusammenfassung – Executive Summary

Rund Dreivierteljahr nach der Vereidigung der neuen Bundesregierung am 14. März 2018 steht die Grosse Koalition (GroKo) vor einer schweren Belastungsprobe. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihren Sitz als Parteivorsitzende frei gegeben. Der 7. Dezember 2018 (Wahl des/der neuen CDU-Vorsitzenden) wird zeigen, in welche Richtung sich die Union und damit auch die GroKo entwickeln wird. Derweilen hat sich der wirtschaftliche Aufschwung für Deutschland deutlich abgeschwächt. Zwar geht das Wirtschaftswachstum in sein sechstes Jahr, aber in der Herbstprojektion musste die Regierung die Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft um 0.5 bzw. 0.3 Prozentpunkte auf jeweils 1.8 % für dieses und kommandes Jahr nach unten korrigieren. In seinem halbjährlichen Konjunkturbericht hatte zuvor bereits der IWF seine Wachstumsprognosen für Deutschland deutlich gesenkt und die Bundesregierung dazu aufgefordert, mehr in den digitalen Umbau zu investieren und seine Exportabhängigkeit zu verringern. Die Wirtschaftsweisen sehen den Aufschwung 2018 noch tiefer, bei 1.6 %, nachdem sie im Frühjahr noch mit 2.3 % gerechnet hatten. Für 2019 sehen sie ein Aufschwung von 1.5 %. Gründe für das bevorstehende Ende des Aufschwungs liegen bei der Verlangsamung der Konjunktur in den wichtigsten deutschen Absatzmärkten, bei produktionsseitigen Engpässen aufgrund von Arbeitskräftemangel und Problemen beim Bezug von Vorleistungsgütern.<sup>1</sup>

Diese Zahlen unterscheiden sich deutlich von den Rekordzahlen, die Deutschland 2017 schrieb: 2017 stieg das BIP preisbereinigt um 2.5 %, so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die Zahl der Erwerbstätigen lag 2017 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 44.2 Millionen und damit auf einem neuen Höchststand.<sup>2</sup> Die Erwerbslosenquote hat im Jahr 2017 mit 3.5 % den niedrigsten Stand seit über 25 Jahren erreicht<sup>3</sup> und die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmenden sind im Jahr 2017 um 2.5 % gestiegen.<sup>4</sup> Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst lag im Jahr 2017 bei 3'771 Euro und somit um 68 Euro über demjenigen des Vorjahres.<sup>5</sup> Besonders der Aussenhandel und die vermehrten Investitionstätigkeiten trugen zu dieser anhaltenden wirtschaftlich positiven Dynamik bei, die sich dank der stabilen binnenmarktwirtschaftlichen Verhältnisse hat entwickeln können.

Seit Beginn der vorangegangenen Legislaturperiode (2013) hat der Bund keine neuen Schulden aufgenommen. Der Staatshaushalt wies 2017 zum vierten Mal in Folge eine positive Bilanz aus. Der aufgrund der verzögerten Regierungsbildung erst im Juli 2018 beschlossene Bundeshaushalt 2018 sieht Ausgaben und Einnahmen von jeweils 343,6 Mrd. Euro vor (3,9 % höher als im Vorjahr). Investitionen sind vor allem im Sozialbereich vorgesehen, unter anderem in der Familienpolitik, im sozialen Wohnungsbau und im Arbeitsmarkt. In vielen Bereichen sind Mehrausgaben vorgesehen, etwa für neue Stellen bei der Bundespolizei und für die Einführung des Baukindergelds.<sup>6</sup> Der Bundeshaushalt 2019 wurde im November 2018 beschlossen und sieht Ausgaben und Einnahmen in der Höhe von jeweils 356,4 Mrd. Euro vor, wobei für

<sup>1</sup> Gemeinschaftsdiagnose, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, [https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw\\_01.c.599318.de](https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.599318.de).

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt, Erwerbstätige in Deutschland 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/TabellenErwerbstaetigenrechnung/InlaenderInlandskonzept.html>.

<sup>3</sup> Statistisches Bundesamt, Eckzahlen zum Arbeitsmarkt 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Eckwertetabelle.html>.

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt, Reallöhne und Nettoverdienste 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/RealloehneNettoverdienste/RealloehneNettoverdienste.html#Tabellen>.

<sup>5</sup> Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Bruttoverdienste, Stand 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/Tabellen/LangeReiheD.html>.

<sup>6</sup> Bundesministerium der Finanzen, Sollbericht 2018, August 2018, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2018/08/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-Sollbericht-2018-Ausgaben-Einnahmen-Bundeshaushalt.html>.

Investitionen 39.0 Mrd. Euro eingeplant sind (2018: 39.8 Mrd. Euro).<sup>7</sup> Die Verschuldungsquote dürfte bis zum Ende des Jahres 2019 nach den Plänen von Finanzminister Olaf Scholz mit 58.3 % erstmals nach 17 Jahren wieder unter den Maastricht-Wert von 60 % sinken.

China ist der wichtigste Handelspartner Deutschlands (188 Mrd. Euro Handelsvolumen), gefolgt von den Niederlanden mit 175 Mrd. Euro und den USA mit rund 174 Mrd. Euro.<sup>8</sup> Beflügelt von der Erholung der Weltwirtschaft, sind Deutschlands Exporte im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie seit 2011 nicht mehr. Die Unternehmen führten Waren im Rekordwert von 1'279 Mrd. Euro aus, das entsprach einem Plus von 6.2 % im Vergleich zum Vorjahr. Es war das vierte Rekordjahr in Folge. Stärker hatten die Ausfuhren zuletzt 2011 zugelegt (11.5 %). Die Importe kletterten im vergangenen Jahr um 8 % auf einen Wert von 1'031 Mrd. Euro.<sup>9</sup> Das bedeutet auch, dass zum ersten Mal seit acht Jahren der Handelsüberschuss zurückgegangen ist.<sup>10</sup> Auch mit der Schweiz erzielte die Bundesrepublik 2017 einen Exportüberschuss (in der Höhe von 8.2 Mrd. Euro).

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen können als sehr gut und intensiv bezeichnet werden. Deutschland ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz und das seit mehr als 65 Jahren. Die Schweiz ist aus deutscher Sicht auf Rang neun und damit wichtiger als Russland, Brasilien, Japan oder Indien. Das gesamte Handelsvolumen stieg 2017 auf 99.7 Mrd. CHF.<sup>11</sup> Das entspricht einem Anteil von 11.6 % des Handelsvolumens der Schweiz (*siehe auch Annex 4*).<sup>12</sup> Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und der Schweiz beträgt mehr als die Hälfte des Handelsvolumens zwischen Deutschland und seinem grössten Handelspartner China. Deutschland ist Marktführer auf dem Schweizer Importmarkt und führt mehr in die Schweiz ein als Italien, die USA und China zusammen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen sind vor allem im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet intensiv. Die Schweiz ist für Baden-Württemberg seit 2010 das wichtigste Herkunftsland vor Italien, den Niederlanden und den USA. Das Handelsvolumen der Schweiz mit Baden-Württemberg und Bayern zusammen ist grösser als dasjenige der Schweiz mit China.<sup>13</sup>

Die Schweiz ist mit einem Volumen von 38.8 Mrd. Euro der viertgrösste Direktinvestor in Deutschland (7.8 % des Gesamtvolumens) und der grösste Investor, der nicht der EU angehört. Sie liegt damit noch vor den USA, welche mit einem Volumen von 28.9 Mrd. Euro oder 5.8 % des Gesamtvolumens auf dem sechsten Platz liegen.<sup>14</sup>

## 1. Allgemeine Lage, Probleme, Herausforderungen und Chancen

### 1.1. Allgemeine Lage

**Allgemeines/BIP**<sup>15</sup>: Das Bruttoinlandprodukt ist im Jahr 2017 preisbereinigt um 2.5 % gewachsen<sup>16</sup>, obwohl weniger Arbeitstage zur Verfügung standen als im Vorjahr. Es war das höchste Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2011. In den vorangegangenen Jahren war der Konsum die treibende Kraft der Konjunktur gewesen. Angetrieben von der steigenden Erwerbstätigkeit (+1.5 %, auf rund 44.3 Mio. Erwerbstätige) und höheren Löhnen (+2.5 %, vgl. unten) sind auch im Jahr 2017 die Konsumausgaben stark gestiegen (+ 3.6 %) und lieferten damit einen wichtigen Beitrag an das gestiegene BIP.<sup>17</sup> Dies ist der grösste Zuwachs der privaten Konsumausgaben seit 1994. Die Zahl der Erwerbslosen sank um 79'000 auf knapp 1.7 Mio. Personen und die Erwerbslosenquote sank gegenüber dem Vorjahr von 3.9 % auf 3.7

<sup>7</sup> Deutscher Bundestag, Finanzdebatte, Stand November 2018, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw37-de-finanzdebatte/566288>.

<sup>8</sup> Statistisches Bundesamt, Rangfolge der Handelspartner 2017, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>9</sup> *Ibid.*

<sup>10</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel 1950-2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Aussenhandel/trah01.html>.

<sup>11</sup> Eidgenössische Zollverwaltung, Swiss-Impex Datenbank, konsultiert im November 2018, <https://www.swiss-impex.admin.ch/>.

<sup>12</sup> *Ibid.*

<sup>13</sup> Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee, Die (wirtschaftlichen) Verflechtungen des deutsch-schweizerischen Grenzraums, 2016, <https://www.konstanz.ihk.de/blob/knihk24/standortpolitik/downloads/3623864/e9bcf722ae11a2882d1193a7c94c0d2d/Ausgabe-2016-der-Studie-data.pdf>.

<sup>14</sup> Deutsche Bundesbank, Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland, Stand der aktuellsten Zahlen Ende 2016, [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische\\_Sonderveroeffentlichungen/Statso\\_10/2018\\_bestandserhebung\\_direktinvestitionen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Sonderveroeffentlichungen/Statso_10/2018_bestandserhebung_direktinvestitionen.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>15</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Ausgabe Februar 2018, <https://www.bmwj.de/Redaktion/DE/Publikationen/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-02-2018.html>.

<sup>16</sup> Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, Juli 2018, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2018/01/weodata/index.aspx>.

<sup>17</sup> Statistisches Bundesamt, Konsumausgaben der privaten Haushalte 2017, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemittelungen/2018/03/PD18\\_094\\_811.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemittelungen/2018/03/PD18_094_811.html).

%.<sup>18</sup> Dies entspricht dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Im November 2018 hat sich der Jobaufbau zum dritten Mal in Folge jedoch etwas verlangsamt. Die deutsche Wirtschaft stellt kräftig ein, aber weniger als auch schon.<sup>19</sup> Ende 2018 kann klar festgehalten werden, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung für Deutschland deutlich abgeschwächt hat. In der Herbstprojektion musste die Regierung die Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft um 0.5 bzw. 0.3 Prozentpunkte auf jeweils 1.8 % für dieses und kommendes Jahr nach unten korrigieren. Gründe für den Abschwung liegen bei der Verlangsamung der Konjunktur in den wichtigsten deutschen Absatzmärkten, bei produktionsseitigen Engpässen aufgrund von Arbeitskräftemangel und Problemen beim Bezug von Vorleistungsgütern.<sup>20</sup>

Im vergangenen Jahr kam es durch das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld zusätzlich zu verstärkten aussenwirtschaftlichen Impulsen. Vom Aussenhandel gingen dennoch rein rechnerisch nur geringe Wachstumsimpulse aus, da die höhere Binnennachfrage auch zu einem höheren Anstieg der Importe führte (+76 Mrd. Euro). Die kräftigen Exporte (+75 Mrd. Euro) stimulierten jedoch auch die Investitionen in Ausrüstungen.<sup>21</sup> Die Investitionen in Bauten blieben angesichts der hohen Nachfrage und des günstigen Finanzierungsumfeldes ebenfalls rege. Alles in allem kam es somit im vergangenen Jahr zu einem Aufschwung auf breiter binnen- und aussenwirtschaftlich fundierter Basis. Allerdings ist in gewissen Segmenten des Arbeitsmarktes auch die Knappheit an Fachkräften spürbarer geworden (vgl. 1.2.).

**Mindestlohn:** Am 1.1.2015 wurde in Deutschland zusätzlich zu branchenspezifischen Mindestlöhnen erstmals eine allgemeine, gesetzliche Lohnuntergrenze eingeführt, und zwar bei 8.5 Euro brutto pro Stunde. Der Wert wird alle zwei Jahre auf Vorschlag der Mindestlohnkommission<sup>22</sup> hin angepasst. Diese setzt sich aus Gewerkschaftern, Arbeitgebervertreterinnen und Wissenschaftlern zusammen. Per 1.1.2017 wurde der Mindestlohn demnach auf 8.84 Euro erhöht. Das Bundeskabinett hat Ende Oktober 2018 einer Verordnung des Bundesarbeitsministeriums zugestimmt, nach der der Mindestlohn im **nächsten Jahr auf 9,19 Euro und im Jahr 2020 auf 9,35 Euro steigen** soll. Diese Entwicklung entspricht einer Empfehlung der Mindestlohnkommission. Die Linken und Grünen kritisierten bereits im Sommer die empfohlene Erhöhung als unzureichend («Mangellohn»). Generell gilt die Einführung des Mindestlohns als Erfolg. Gemäss dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) etwa sind die Löhne in Branchen mit Niedrigverdienern, z.B. im Gastgewerbe (9.9 %) oder Einzelhandel (11.4 %) nach Jahren der Stagnation deutlich gestiegen. Anstatt der befürchteten negativen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung habe die Massnahme gemäss der Böckler-Stiftung den privaten Konsum und die Wirtschaftsentwicklung angekurbelt.<sup>23</sup> In ihrem Koalitionsvertrag einigten sich CDU/CSU und SPD denn auch darauf, in den EU-Staaten einen «Rahmen für Mindestlohnregelungen» entwickeln zu wollen.

In der Durchsetzung und in der Höhe des Mindestlohns wird derweil in Deutschland Verbesserungsbedarf verortet. Gemäss letzten verfügbaren offiziellen Zahlen wurden im April 2016 noch 0.8 Mio. Arbeitnehmende unter der gesetzlichen Lohnuntergrenze entlohnt.<sup>24</sup> Diese Zahl wird von unabhängigen Studien übereinstimmend nach oben korrigiert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellte für 2016 eine Zahl von 1.8 Mio. Menschen<sup>25</sup>, das WSI gar von 2.2 Mio. fest. Das WSI hält fest, dass die meisten Verstösse in privaten Haushalten (43 %), im Gastgewerbe (34 %) und im Einzelhandel (17 %) stattfinden. Frauen sind dabei mit einem Anteil von Unterbezahlten an 11.5% überdurchschnittlich betroffen (Männer: 4.6 %). Die unterschiedliche Behandlung zwischen Frauen und Männern hat sich gar verschärft.<sup>26</sup> Die für die Durchsetzung zuständige deutsche Zollverwaltung leitete 2017 nur ca. 2'500 Ermittlungsverfahren wegen Verstössen gegen die gesetzliche Lohnuntergrenze ein, in jedem zweiten Fall hätte das betroffene

<sup>18</sup> Statistisches Bundesamt, Zahl der Erwerbstätigen 2017, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilunggen/2018/01/PD18\\_001\\_13321.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilunggen/2018/01/PD18_001_13321.html).

<sup>19</sup> Ifo Institut, <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Survey-Results/Konjunkturtest/Beschaeftigungsbarometer.html>.

<sup>20</sup> Gemeinschaftsdiagnose, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, [https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw\\_01.c.599318.de](https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.599318.de).

<sup>21</sup> Statistisches Bundesamt, Definition «Ausrüstungsinvestitionen», konsultiert im Mai 2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Glossar/Ausruestungen.html>.

<sup>22</sup> Homepage der Mindestlohnkommission, konsultiert im Mai 2018, [https://www.mindestlohn-kommission.de/DE/Home/home\\_node.html](https://www.mindestlohn-kommission.de/DE/Home/home_node.html).

<sup>23</sup> Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Der Mindestlohn: Bisherige Auswirkungen und zukünftige Anpassung, POLICY BRIEF Nr. 24, April 2018, [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_pb\\_24\\_2018.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_24_2018.pdf).

<sup>24</sup> Statistisches Bundesamt, Mindestlöhne, konsultiert im Mai 2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/Mindestloehne/Mindestloehne.html#Tabellen>.

<sup>25</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Pressemitteilung, Dezember 2017, [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.572687.de/themen\\_nachrichten/rund\\_1\\_8\\_millionen\\_beschaeftigte\\_die\\_anspruch\\_auf\\_den\\_mindestlohn\\_haben\\_bekommen\\_weniger.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.572687.de/themen_nachrichten/rund_1_8_millionen_beschaeftigte_die_anspruch_auf_den_mindestlohn_haben_bekommen_weniger.html).

<sup>26</sup> Gemäss der Mindestlohn-Kommission erhielten Frauen im Jahr 2014 mit 14,2 Prozent wesentlich häufiger als Männer (8,4 Prozent) einen Stundenlohn von unter 8.5 Euro. Quelle: Mindestlohn-Kommission, Erster Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns, Juni 2016, [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.572687.de/themen\\_nachrichten/rund\\_1\\_8\\_millionen\\_beschaeftigte\\_die\\_anspruch\\_auf\\_den\\_mindestlohn\\_haben\\_bekommen\\_weniger.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.572687.de/themen_nachrichten/rund_1_8_millionen_beschaeftigte_die_anspruch_auf_den_mindestlohn_haben_bekommen_weniger.html).

Unternehmen eine Busse bezahlen müssen. Gerade in Grossstädten mit hohen Mieten greift der Mindestlohn zudem noch nicht genügend. Gemäss Böckler Stiftung waren 2017 noch immer mehr als 190'000 Beschäftigte trotz Vollzeitjob auf Hartz IV angewiesen.<sup>27</sup>

**Staatshaushalt:** Der Staatshaushalt wies 2017 zum vierten Mal in Folge eine positive Bilanz aus. Der Überschuss von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen beträgt 61.9 Mrd. Euro.<sup>28</sup> Während der Überschuss der regulären Kernhaushalte des Bundes auf 5 Mrd. Euro sank, stiegen die Überschüsse der 16 Länder (12.1 Mrd. Euro), Kommunen (10.7 Mrd. Euro) und Sozialversicherungen (8.4 Mrd. Euro) deutlich an. Der relativ tiefe Überschuss beim Bund ist mitunter auf die Rückzahlung der als verfassungswidrig erklärten Kernbrennstoffsteuer an Energieunternehmen (7 Mrd. Euro) zurückzuführen. Der insgesamt ausserordentlich hohe Überschuss (2016: 25.8 Mrd. Euro) erklärt sich auch durch einen neuen Extrahaushalt auf Bundesebene: Im Rahmen des Atomausstiegs tätigten Kernkraftbetreiber eine Einmalzahlung von 24.1 Mrd. Euro in den Anfang 2017 errichteten „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“<sup>29</sup>. Darüber hinaus trugen die starke Konjunktur (Steuereinnahmen, Sozialabgaben) sowie die niedrigen Zinsen zur positiven Bilanz bei.<sup>30</sup> Während die Überschüsse der letzten Jahre vor allem in die sogenannte „Asylrücklage“ zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen flossen, haben sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag vom Februar 2018 für die Legislaturperiode 2018-2021 über die Finanzplanung des Bundes hinaus auf zusätzliche öffentlichen Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung, Familie, Sozialwesen, Verkehr, Landwirtschaft, Strukturwandel, Wohnungswesen, Verteidigung und Entwicklungshilfe (36 Mrd. Euro) sowie Steuersenkungen durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags (10 Mrd. Euro) geeinigt.<sup>31</sup>

Der aufgrund der verzögerten Regierungsbildung erst im Juli 2018 beschlossene Bundeshaushalt 2018 sieht Ausgaben und Einnahmen von jeweils 343,6 Mrd. Euro vor (3,9 Prozent höher als im Vorjahr). Investitionen sind vor allem im Sozialbereich vorgesehen, unter anderem in der Familienpolitik, im sozialen Wohnungsbau und im Arbeitsmarkt. In vielen Bereichen sind Mehrausgaben vorgesehen, etwa für neue Stellen bei der Bundespolizei und für die Einführung des Baukindergelds.<sup>32</sup>

Der Bundeshaushalt 2019 wurde im November 2018 beschlossen und sieht Ausgaben und Einnahmen in der Höhe von jeweils 356,4 Mrd. Euro vor, wobei für Investitionen 39.0 Mrd. Euro eingeplant sind (2018: 39.8 Mrd. Euro).<sup>33</sup> Die Verschuldungsquote dürfte bis zum Ende des Jahres 2019 nach den Plänen von Finanzminister Olaf Scholz mit 58.3 % erstmals nach 17 Jahren wieder unter den Maastricht-Wert von 60 % sinken. Mit 145.3 Mrd. Euro wird auch im Jahr 2019 das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den grössten Etat verwalten, wobei neben Entlastungen bei Krankenkassenbeiträgen und Rentenverbesserungen vor allem Familien im Fokus stehen. Auch im Budget des Verteidigungsministeriums ist eine beträchtliche Zunahme um 4.7 Mrd. Euro auf 43.2 Mrd. Euro geplant. Das Budget des Auswärtigen Amtes wächst um 7 % auf 5.38 Mrd. Euro und das Ministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) erreicht mit einer Zunahme um 800 Mio. Euro erstmals über 10 Mrd. Euro (10.3). In seiner Rede im Bundestag vom 20. November 2018 warnte Finanzminister Scholz vor dem bevorstehenden wirtschaftlichen Abschwung und verteidigte somit die im Haushalt vorgesehenen steigenden Investitionen und Ausgaben.<sup>34</sup>

**Verschuldung:** Per Ende 2017 betrug die Verschuldung 1'965.5 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Abbau von Schulden auf allen Ebenen - Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen - und einer erneuten Senkung der Schuldenstandsquote auf 64.1 % des BIP (2016: 68.3 %). In ihrem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 einigen sich die Regierungsparteien über das „Ziel eines ausgeglichenen Haushalts

<sup>27</sup> Böckler Stiftung, Impuls Ausgabe 07/2018, Mindestlohn - Erfolgreich, aber noch zu niedrig, April 2018, [https://www.boeckler.de/113665\\_113674.htm](https://www.boeckler.de/113665_113674.htm).

<sup>28</sup> In den sogenannten „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ weist Deutschland für das Jahr 2017 einen Überschuss von 36.6 Mrd. Euro oder 1.1% des BIP aus. Diese Zahlen werden der EU-Kommission im Rahmen des EU-Stabilitätspakts unterbreitet und zur Vergleichbarkeit gemäss dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 berechnet. Quelle: Statistisches Bundesamt, Staat erzielt im Jahr 2017 Überschuss von fast 37 Milliarden Euro, Februar 2018, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilunggen/2018/02/PD18\\_059\\_813.html;jsessionid=C14EF2B468B360B832202670DC5B1482.InternetLive1](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilunggen/2018/02/PD18_059_813.html;jsessionid=C14EF2B468B360B832202670DC5B1482.InternetLive1).

<sup>29</sup> Website des Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung, konsultiert im Mai 2018, <http://www.entsorgungsfonds.de/>.

<sup>30</sup> Statistisches Bundesamt, Höchststand beim öffentlichen Finanzierungsüberschuss 2017, April 2018, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/04/PD18\\_132\\_715.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/04/PD18_132_715.html).

<sup>31</sup> Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, ab Zeile 3026, konsultiert im Mai 2018, [https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag\\_2018.pdf?file=1](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1).

<sup>32</sup> Bundesministerium der Finanzen, Sollbericht 2018, August 2018, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2018/08/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-1-Sollbericht-2018-Ausgaben-Einnahmen-Bundeshaushalt.html>.

<sup>33</sup> Deutscher Bundestag, Finanzdebatte, Stand November 2018, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw37-de-finanzdebatte/566288>.

<sup>34</sup> *Ibid.*



ohne neue Schulden“ und bestätigen, das Maastricht-Kriterium von 60 % erfüllen zu wollen. Gemäss Projektion des Finanzministeriums soll dies bereits 2019 geschehen.<sup>35</sup>

**Finanzausgleich:** Im Sommer 2017 wurde eine umfassende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen verabschiedet. Ab 2020 soll der Bund die Länder jährlich mit ca. 9.7 Mrd. Euro unterstützen und erhält im Gegenzug mehr Kontroll-, Steuerungs- und Prüfrechte. Teil des Pakets ist auch die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft für Bau, Planung und Betrieb der Bundesautobahnen (ab 2021) und ein Portalverbund auf dem Bund, Ländern und Kommunen ihre öffentlichen Dienstleistungen elektronisch harmonisiert anbieten (E-Government).<sup>36</sup>

## 1.2. Probleme/ Herausforderungen

Fachkräftemangel, ausgelastete Industrieanlagen und Lieferengpässe: Der anhaltende Aufschwung kann zur Wachstumsbremse werden.

Zum Ende des achten Jahres und im neunten Jahr des Wirtschaftsaufschwungs arbeiten viele Unternehmen am Anschlag. Die Kapazitätsauslastung der Industrie ist mit durchschnittlich 86.5 % auf den höchsten Wert seit der Finanzkrise gestiegen.<sup>37</sup> In der Schlüsselbranche Metall und Elektro liegt sie bei rund 90 %. Als Antwort auf die vollen Auftragsbücher erhöht die deutsche Wirtschaft die Anlageinvestitionen, Fabriken werden ausgebaut und modernisiert. Und viele Unternehmen stellen kräftig ein. Die passenden Mitarbeitenden zu finden ist jedoch schwierig:

**Fachkräftemangel:** In der Herbstumfrage 2017 des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) nannten auf die Frage nach den grössten Geschäftsrisiken 56 % der befragten Unternehmen den Fachkräftemangel.<sup>38</sup> Es gibt derzeit eine Rekordzahl an offenen Stellen (1.2 Millionen).<sup>39</sup> Die Bauwirtschaft rechnet für das laufende Jahr mit einem Personalaufbau um weitere 35'000 auf dann gut 3.3 Millionen Beschäftigte. Seit 2011 sind damit rund 220'000 neue Stellen geschaffen worden. Gesucht werden Arbeitnehmende auch in den Bereichen Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation sowie im Gesundheitswesen.<sup>40</sup> Der Anteil an offenen Stellen in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) ist überdurchschnittlich hoch und liegt gemäss einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) bei 486'600.<sup>41</sup> Rund 12 Millionen Personen mit einem Mint-Abschluss sind auf dem Arbeitsmarkt tätig. Die enge Vernetzung der Wirtschaft kann vor diesem Hintergrund zum Problem werden und sich in den Lieferketten niederschlagen und damit zum Nachteil gegenüber ausländischen Konkurrenten. Gleichzeitig wird aber etwa im Einzelhandel, in der Textilverarbeitung sowie im Rechnungswesen und Controlling die Zahl der Fachkräfte höher sein als das Jobangebot. Das IAB geht davon aus, dass jeder vierte Beschäftigte in Deutschland in den kommenden Jahren von Automatisierung betroffen sein wird.

Arbeitskräfte sind derzeit erst in einzelnen Branchen und Regionen knapp. Die Alterung der Gesellschaft, die weiterhin geringe Ausbildungsquote in technischen Fächern, die immer noch anstehende Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (nach Belgien ist Deutschland mit einem «Gender Time Gap» von 8.9 Stunden das EU-Land, in dem die Wochenarbeitszeit zwischen Frauen und Männern am weitesten auseinanderklafft)<sup>42</sup> könnten das Problem aber akzentuieren.<sup>43</sup> Die Beschäftigungsdynamik ausländischer MINT-Arbeitskräfte lag im Vergleich zu ihren deutschen Pendanten in sämtlichen MINT-Berufen um ein Vielfaches höher. Ende 2017 hatten 57.5 % der MINT-Arbeitskräfte ausländische Wurzeln, kommen vorrangig aus Indien, Italien, Frankreich, Spanien und China. Ca. 16'396 Menschen aus

<sup>35</sup> Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 112, März 2018, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilung/gen/2018/03/PD18\\_112\\_713.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilung/gen/2018/03/PD18_112_713.html); Bundesfinanzministerium, Entwicklung der öffentlichen Finanzen, April 2018, [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\\_Finanzen/Entwicklung\\_Oeffentliche\\_Finanzen/entwicklung-oeffentliche-finanzen.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Entwicklung_Oeffentliche_Finanzen/entwicklung-oeffentliche-finanzen.html).

<sup>36</sup> Bundesregierung, Bund-Länder-Finzen neu geregelt, Juni 2017, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/12/2016-12-14-bund-laender-finanzausgleich.html>.

<sup>37</sup> Eurostat, Industry – quarterly data, konsultiert im Mai 2018, [http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ei\\_bsin\\_q\\_r2&lang=en](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ei_bsin_q_r2&lang=en).

<sup>38</sup> Deutscher Industrie- und Handelskammertag, „Konjunkturumfrage, Herbst 2017“, <https://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/umfragen-und-prognosen/konjunkturumfrage-herbst-2017>.

<sup>39</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Aktuelle Ergebnisse, 2018, <http://www.iab.de/de/befragungen/stellenangebot/aktuelle-ergebnisse.aspx>.

<sup>40</sup> Bundesagentur für Arbeit, Jahresrückblick 2017, Januar 2018, <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2018-02-jahresruckblick-2017-sehr-gute-entwicklung-des-arbeitsmarktes>.

<sup>41</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln, MINT-Frühjahrsreport, April 2018, [https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/PK-State-ment%20PI%C3%BCnecke\\_MINT\\_Fr%C3%BCh\\_2018.pdf/%24file/PK-Statement%20PI%C3%BCnecke\\_MINT\\_Fr%C3%BCh\\_2018.pdf](https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/PK-State-ment%20PI%C3%BCnecke_MINT_Fr%C3%BCh_2018.pdf/%24file/PK-Statement%20PI%C3%BCnecke_MINT_Fr%C3%BCh_2018.pdf).

<sup>42</sup> Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen (UDE), Arbeitszeitstudie, November 2017, [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_fo-foe\\_WP\\_054\\_2017.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_fo-foe_WP_054_2017.pdf).

<sup>43</sup> Gemäss des IAQ ist der Grund für die Diskrepanz der hohe Teilzeitanteil von Frauen; Ende 2017 lag der Anteil von Teilzeit arbeitenden Frauen deutschlandweit bei 46.5 % und bei lediglich 9.8 % bei den Männern. Mit einem Unterschied von 36.7 % weist Deutschland diesbezüglich hinter den Niederlanden und der Schweiz europaweit die drittgrösste geschlechterspezifische Diskrepanz auf.

den Asylländern Eritrea, Irak, Afghanistan und Syrien sind gemäss Erhebungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln in MINT-Jobs beschäftigt.<sup>44</sup> Der Anteil der MINT-Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland stieg unter den Personen aus den vier Hauptherkunftsländern der Geflüchteten von 8.0 % (Ende 2012) auf 12.4 % (Ende 2017). Gemäss Koalitionsvertrag ist das Fachkräftezuwanderungsgesetz ein zusätzlich wichtiger Baustein, um dem Fachkräftemangel Abhilfe zu verschaffen, das Gesetz wurde vom Kabinett Anfang Oktober 2018 beschlossen.

Am 6.11. wurde ausserdem die von fünf Ministerien mitgetragene Fachkräftestrategie vorgestellt (Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Familie, Inneres) und diese mit den Spitzen der Sozialpartner, Länder, Kammern und der Bundesagentur für Arbeit diskutiert. Die Fachkräftestrategie umfasst drei Säulen: die inländischen, die europäischen und die internationalen Fachkräfte- und Beschäftigungspotenziale. Der Fokus in der Umsetzung der Fachkräftestrategie liegt dabei auf dem Inland. Neben Massnahmen im Bereich der Ausbildung, Qualität der Arbeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf bildet die Qualifizierung und Weiterbildung der jetzt im Berufsleben stehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Schwerpunkt. Anknüpfend an das vielfältige Weiterbildungsengagement der Betriebe und die Motivation der Beschäftigten soll eine neue Weiterbildungskultur in Deutschland etabliert werden. Alle Erwerbstätigen sollen dabei unterstützt werden, ihre Qualifikationen und Kompetenzen im Wandel der Arbeitswelt (Digitalisierung) zu erhalten und anzupassen.

**Umbau Hochschulsystem:** In Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel ist auch die Forderung von Wirtschaft, Experten und RektorInnen zu verstehen, wonach das Gros der fast drei Millionen Studierenden nicht an die Universität gehöre, sondern an die Fachhochschule.<sup>45</sup>

Der Wissenschaftsrat, das höchste Gremium von Wissenschaft und Politik auf diesem Feld, tritt schon seit Jahren dafür ein, dass die Fachhochschulen den Grossteil der Studierenden aufnehmen sollten.<sup>46</sup> Ihr Anteil hat sich seit der Jahrtausendwende nur von knapp 25 auf 35 % erhöht.<sup>47</sup> Momentan studieren 1.8 Mio. Personen an einer Universität und rund 978'000 Personen an einer Fachhochschule.

Nur in Baden-Württemberg und Hamburg wurden entsprechende Massnahmen getroffen. Der dortige Anteil der Studierenden an Universitäten beläuft sich auf unter 60 %.<sup>48</sup> In Niedersachsen sind es fast unverändert 70 %. Ein Umbau wird auch gebremst durch den Mangel an Lehrpersonal, welche auf die tiefere Entlohnung im Vergleich zu Universitäten und Unternehmen zurückzuführen ist. Hoffnung setzt man auf die Nachfolgevereinbarung des Hochschulpakts 2020.<sup>49</sup> Immer wieder werden in diesem Zusammenhang Studien-Eingangsprüfungen, eine Erhöhung der Numerus Clausus-Quote oder die Schaffung neuer unbefristeter Stellen an Hochschulen diskutiert.

**Exportüberschuss:** Seit mehreren Jahren steht Deutschland aufgrund seiner anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschüsse international in der Kritik (vor allem vonseiten der EU-Kommission und des Internationalen Währungsfonds). Die EU hält einen Exportüberschuss von sechs Prozent des BIP als tragfähig - einen Wert, den Deutschland deutlich überschreitet. Deutschland gehört deshalb weiterhin zu den Staaten, gegen die ein EU-Verfahren wegen eines ökonomischen Ungleichgewichts läuft.<sup>50</sup> Laut der EU-Kommission sei das Ungleichgewicht vor allem auf einen Ersparnisüberschuss und schwache private und öffentliche Investitionen zurückzuführen.

Besonders stark nahmen in den vergangenen Jahren die (Waren-)Exporte in Länder ausserhalb der EU zu, insbesondere in die USA, die beispielsweise bemängeln, dass deutsche Autos den amerikanischen Markt überschwemmen, jedoch fast keine amerikanischen Autos in Deutschland verkauft werden. Die Debatte erlebte im Sommer 2018 einen neuen Höhepunkt, weil der europäische und vor allem deutsche Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den USA ein wesentlicher Grund für massive Kritik von US-Präsident Donald Trump wurde.<sup>51</sup> Auch der Anfang Juli 2018 veröffentlichte IWF-Report kritisiert Deutschlands

<sup>44</sup> Institut der deutschen Wirtschaft Köln, April 2018, [https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/PK-Statement%20PI%C3%BCnecke\\_MINT\\_Fr%C3%BCh\\_2018.pdf/%24file/PK-Statement%20PI%C3%BCnecke\\_MINT\\_Fr%C3%BCh\\_2018.pdf](https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/PK-Statement%20PI%C3%BCnecke_MINT_Fr%C3%BCh_2018.pdf/%24file/PK-Statement%20PI%C3%BCnecke_MINT_Fr%C3%BCh_2018.pdf).

<sup>45</sup> Expertenkommission für Forschung und Innovation (EFI), Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2018, [https://www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten\\_2018/EFI\\_Gutachten\\_2018.pdf](https://www.e-fi.de/fileadmin/Gutachten_2018/EFI_Gutachten_2018.pdf).

<sup>46</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem, 2010, <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10031-10.pdf>.

<sup>47</sup> Statistisches Bundesamt, Hochschulen auf einen Blick, Stand Ende 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Hochschulen.html>.

<sup>48</sup> Statistisches Bundesamt, Studierende nach Bundesländern und Hochschularten, Stand Ende 2017, [https://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/de\\_ib04\\_jahrtab50.asp](https://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/de_ib04_jahrtab50.asp).

<sup>49</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung, Hochschulpakt 2020, <https://www.bmbf.de/de/hochschulpakt-2020-506.html>.

<sup>50</sup> Europäische Kommission, Deutschland: Bericht zum ökonomischen Ungleichgewicht (EN), Stand Ende 2017, [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/germany\\_sm\\_published\\_07032018.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/germany_sm_published_07032018.pdf).

<sup>51</sup> Financial Times, How Germany became Donald Trump's European punchbag, August 2018, <https://www.ft.com/content/8f87c03c-93dc-11e8-b67b-b8205561c3fe>.

Exportüberschüsse scharf: Sie seien so gross, dass sie die Stabilität der Weltwirtschaft bedrohen.<sup>52</sup> Die Zahlen haben es durchaus in sich. Danach hat Deutschland im vergangenen Jahr einen Leistungsbilanzüberschuss von umgerechnet 296.4 Mrd. Dollar mit seinem Exportmodell erwirtschaftet, was 8 % des deutschen BIPs entspricht.

Die Bundesregierung wehrt sich gegen die Vorwürfe aus dem Ausland, indem sie darauf hinweist, dass der Zenit 2015 mit 8.6 % des BIP bereits überschritten war. Nicht zu vergessen sind ausserdem die hohen Netto-Kapitalexporte der Deutschen (FDI und Wertpapieranlagen), die Gewinne abwerfen und so den Leistungsbilanzüberschuss erhöhen. Im Sommer 2018 wurde aber die Kritik an Deutschlands Exportmodell auch intern lauter, dies vor allem im Kontext der öffentlich geführten Wissenschaftsdebatte um die Forderungen der Deutschen Bundesbank an die EZB (Target2-Saldo).<sup>53</sup> Wissenschaftler bemängelten, dass Deutschland mit seiner «Selbstinszenierung als Exportweltmeister» die negativen Folgen des Exportmodells für Deutschland selbst ausblende.<sup>54</sup> Die Debatte fand auch in politischen Kreisen Gehör, wobei beispielsweise der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, ein vehementes Einschreiten der Bundesregierung forderte, zumal sich die ausstehenden Target2-Forderungen der Bundesbank der Summe von 1 Bio. Euro nähern und nicht eingelöst werden können.<sup>55</sup>

**Innovationsschwäche im Mittelstand:** Deutschland schneidet in internationalen Innovationsrankings immer gut ab.<sup>56</sup> Dies liegt mitunter am hohen Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (seit 2015 über 3 % des BIP)<sup>57</sup>, welche die deutschen Grossunternehmen (insbesondere bei der Grundlagenforschung in Branchen wie dem Maschinenbau, der Chemie, Elektrotechnik, Medizintechnik, Automobil etc.) und die öffentliche Hand jedes Jahr tätigen. Gleichzeitig fehlt es jedoch an Innovationskraft im Mittelstand, was der deutschen Bundesregierung schon länger ein Dorn im Auge ist. Gezielte Initiativen zur Förderung von Forschung und Entwicklung und zur bürokratischen Entlastung von KMUs, zum steuerlichen Anreizsystem oder zur Investitionsförderung im Verkehrsinfrastrukturbereich (siehe etwa „Bündnis Zukunft der Industrie“<sup>58</sup> oder „Vorfahrt für den Mittelstand“<sup>59</sup>) wurden daher ins Leben gerufen. Ausgebaut wurde etwa das Förderprogramm Industrielle Gemeinschaftsforschung IGF<sup>60</sup>, das KMU ohne eigene Forschungsabteilung in Arbeitsgemeinschaften zusammenbringt. Die Forschungsergebnisse in dieser vorwettbewerblichen Phase ist so für alle beteiligten Unternehmen gleichermaßen zugänglich. Als weitere Massnahme soll gemäss neuem Koalitionsvertrag die Forschung in Unternehmen mit einer steuerlichen Forschungsförderung insbes. für forschende KMU unterstützt werden. Diese soll auf den 1.1.2020 starten. Die genaue Ausgestaltung ist noch in Diskussion. Und um den KMUs die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter im digitalen Bereich zu erleichtern, billigte das Bundeskabinett im September ein Gesetzesentwurf zur Weiterbildung – das Qualifizierungschancengesetz<sup>61</sup>. Das Gesetz sieht vor, dass Unternehmen je nach Grösse erhebliche Kosten für die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zurückerstattet kriegen. Auch in den «Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren»<sup>62</sup> können Mitarbeiter an entsprechende Schulungen geschickt werden.

**Digitalisierung:** Mit der Bildung der neuen Bundesregierung ging die Schaffung der im Bundeskanzleramt angesiedelten Stelle einer Staatsministerin für Digitalisierung einher. Die frühere parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium Dorothee Bär soll die Digitalpolitik der Regierung steuern. Digitalisierung ist jedoch ein transversales Thema, das in allen Ministerien behandelt und in regelmässigen Koordinationssitzungen auf Staatssekretärschene vorangetrieben wird. In den insgesamt 14 Ministerien beschäftigen sich demnach 482 Mitarbeitende verteilt auf 244 Teams in 76 Abteilungen mit

<sup>52</sup> Internationaler Währungsfonds, Germany: 2018 Article IV Consultation – Press Release; Staff Report and Statement by the Executive Director for Germany, 4. Juli 2018, <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2018/07/04/Germany-2018-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-Statement-by-the-46049>.

<sup>53</sup> Deutsche Bundesbank, TARGET2-Saldo, zuletzt konsultiert im November 2018, <https://www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/target2/target2-saldo/target2-saldo-603478>.

<sup>54</sup> Vgl. u.a. Heribert Dieter, Deutschlands zweischneidige Außenwirtschaftspolitik, Juli 2018, [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/publications/studien/2018S13\\_dtr.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/publications/studien/2018S13_dtr.pdf).

<sup>55</sup> CDU-Wirtschaftsrat, Zeitbombe Target-Salden entschärfen, August 2018, <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/wirtschaftsrat-zeitbombe-target-salden-entschaerfen-de>.

<sup>56</sup> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Science Technology and Innovation Outlook 2016, <http://www.oecd.org/sti/oecd-science-technology-and-innovation-outlook-25186167.html>.

<sup>57</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung, Forschungsausgaben: Drei-Prozent-Ziel ist erreicht, Dezember 2016, <https://www.bmbf.de/de/forschungsausgaben-drei-prozent-ziel-ist-erreicht-3693.html>.

<sup>58</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bündnis «Zukunft der Industrie», konsultiert im Mai 2018, <https://www.bmwi.de/Navigation/DE/The-men/buendnis-zukunft-der-industrie.html>.

<sup>59</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung, Zehn Punkte für mehr Innovationen im Mittelstand, Januar 2016, <https://www.bmbf.de/de/zehn-punkte-fuer-mehr-innovationen-im-mittelstand-2333.html>.

<sup>60</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Technologie/vorwettbewerbliche-forschung-fuer-den-mittelstand.html>.

<sup>61</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/qualifizierungschancengesetz.html>.

<sup>62</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, <https://www.mittelstand-digital.de/MD/Navigation/DE/Home/home.html>.

digitalen Fragen.<sup>63</sup> Der Begriff Digitalisierung war auch ein Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 und dies auch aus eigenem Bedarf heraus. Deutschlands traditionelle Stärke liegt in der Produktionstechnik, sprich im klassischen Industriebereich. Mit 25.7 % hat die produzierende Industrie (ohne Baugewerbe) einen hohen Anteil am deutschen BIP. Die weltweit erfolgreichen Unternehmen sind heute jedoch Plattformanbieter wie Apple, Amazon o.ä., die keine eigenen Produkte herstellen, sondern den Vertrieb individualisieren. Folglich braucht es auch in Deutschland neue Geschäftsmodelle, und die Diskussion darüber, ob die deutsche Wirtschaft dafür fit genug ist, hat an Intensität gewonnen. Neue Zahlen aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales gehen davon aus, dass in den nächsten sieben Jahren in Deutschland rund 1.3 Millionen Jobs durch die Digitalisierung wegfallen, gleichzeitig 2.1 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.<sup>64</sup>

Als erste Massnahme investiert die neue Bundesregierung in den Ausbau der digitalen Infrastruktur: Im November 2018 einigten sich Bund und Länder auf die Vergabebedingungen und Auktionsregeln für die Versteigerung der Frequenz für das 5G Netz. Bis zum 25. Januar können sich nun Mobilfunkanbieter (Telekom, Vodafone, Telefónica etc.) bei der Bundesnetzagentur um den Zuschlag für den Ausbau bewerben. Dem Entscheid war ein langes Ringen vorausgegangen, in dem es vereinfacht um die Frage ging, inwiefern auch entlegene Gebiete mit einer schnellen Übertragungsfrequenz erschlossen werden sollen. Mit dem Entscheid unzufrieden sind die Mobilfunkanbieter, welche die Auflagen (Autobahnen und Bundesstrassen müssen bis 2025 mit 5G, Schienennetz und Wasserstrassen mit lückenlosen 4G-Standards (LTE) versorgt sein) als «unrealistisch» hoch bezeichneten. Wirtschaftsvertreter zeigten sich ebenfalls enttäuscht; ihnen gehen die Auflagen zu wenig weit. Denn man hatte sich eine lückenlose 5G Abdeckung (oder eine WLAN-basierten Alternative) erhofft. Gerade der VDA, Verband der Automobilindustrie, weist darauf hin, dass es beim autonomen Fahren keine Lücken geben darf. Der Entscheid ist symbolisch für die ersten konkreten Schritte, die im Digitalisierungsprozess gemacht werden müssen.

Auch in Sachen E-Government besteht grosser Aufholbedarf. Hoffnungsträger ist das Onlinezugang-Gesetz vom Sommer 2017, das Bund und Länder verpflichtet bis 2022 ihre Dienstleistungen auf Seiten anzubieten, die in einem harmonisierten Portalverbund zusammengeführt werden. Die Bundesregierung will einen Digitalrat berufen, der einen engen Austausch zwischen Politik und nationalen sowie internationalen Experten ermöglicht. Dafür wird eine Daten-Ethikkommission eingesetzt, die Regierung und Parlament innerhalb eines Jahres einen Entwicklungsrahmen für Datenpolitik, den Umgang mit Algorithmen, künstlicher Intelligenz und digitalen Innovationen vorschlagen.

**Umgang mit chinesischen Investitionen:** Spätestens mit der Übernahme vom Robotikhersteller Kuka durch das chinesische Unternehmen Midea im Jahr 2016 ist eine andauernde Debatte losgetreten worden, ob und wie Deutschland von strategischen, und durch die kommunistische Partei gesteuerten Investitionen in Schlüsseltechnologien oder kritische Infrastrukturen geschützt werden kann bzw. soll. Angeheizt wird die Skepsis durch die Absetzung von Konzernchef Till Reuter durch die Chinesen im November 2018, was weitere Ängste schürt. Dabei bewegen sich die chinesischen Übernahmen in einem (noch) überschaubaren Rahmen: Gemäss einer Studie der staatlichen Förderbank KfW kam es im Zeitraum zwischen 2005-2017 bei 302 deutschen Unternehmen zu M&E-Transaktionen durch die Chinesen, was einem Anteil von 2.2 % entspricht.<sup>65</sup> Schweizer Fusionen oder Übernahmen in Deutschland kamen im gleichen Zeitraum auf einen Anteil von 3.9 %. Nichtsdestotrotz beschloss das Bundeskabinett im Juli 2017 eine Konkretisierung und leichte Verschärfung der Aussenwirtschaftsverordnung,<sup>66</sup> welche der Regierung unter gewissen Voraussetzungen und ab einer Beteiligung von 25 % erlaubt zu prüfen, ob eine Investition ein Sicherheitsproblem darstelle, und diese gegebenenfalls zu unterbinden. Weitere Beispiele waren die Absichten des State Grid Corporation of China (SGCC) sich mit 20 % am deutschen Netzbetreiber 50Hertz (einer von 4 Netzbetreibern) zu beteiligen (wobei das belgische Unternehmen Elia letztlich von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch machte), die durch die US-Behörden indirekt verhinderte Übernahme des Spezialmaschinenbauers Aixtron oder der Kauf eines Grossteils der Aktien von Daimler durch Geely.

Der Handlungsspielraum in diesem Bereich ist für die EU-Mitgliedstaaten aufgrund der EU-Binnenmarktregeln eingeschränkt, weshalb die EU-Kommission – auf Antrag von Deutschland, Frankreich und Italien hin - einen Entwurf einer EU-Verordnung zu Investitionsprüfung unterbreitete, der in einer ersten Debatte

<sup>63</sup> Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur, Antwort auf Frage Nr. 147/Februar 2018, <http://annachristmann.org/wp-content/uploads/2018/03/180223-Antwort-BMVI-Digitalisierung-in-Bundesministerien.pdf>.

<sup>64</sup> Minister Hubertus Heil in der FAZ, 3.11.2018, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/regierung-rechnet-mit-2-1-millionen-jobs-bis-2025-15871973.html>.

<sup>65</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau, Pressemitteilung vom 16.10.2018, [https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details\\_491520.html](https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_491520.html).

<sup>66</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Aussenwirtschaftsgesetz, 2013, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Gesetze/Aussenwirtschaft/AWG.html>.



im EU-Parlament im Mai 2018 verschärft wurde.<sup>67</sup> Deutschland pocht gegenüber China immer wieder auf Reziprozität bezüglich Investitionsbedingungen. Beim letzten Besuch von Li Keqiang in Berlin (Juli 2018) wurden leichte Marktöffnungen bejubelt (BMW Beteiligung an Brilliance, BASF Bau in Guangdong), man bleibt skeptisch in Berlin, inwiefern dies zur Regel werden wird.

**Diesel-Skandal:** Die für Deutschland wirtschaftlich und für das Selbstbewusstsein überragend bedeutende Automobilindustrie hat ein Problem mit der Diesel-Technologie. Und zwar in drei zusammenhängenden Bereichen.

Zum einen ist sie mit Vorwürfen der Manipulationen an der Abgasreinigungstechnik konfrontiert. Diese reichen von der zu grosszügigen Auslegung von Vorschriften beim Abschalten der Reinigung zum Motorschutz bis zum Betrug durch Software, die sich in amtlichen Tests anders verhält als im Strassenverkehr. Wurde anfangs nur VW beschuldigt (u.a. von den US-Behörden) sind unterdessen alle fünf grossen deutschen Dachmarken (VW, VW-Tochter Audi, Porsche, BMW und zuletzt Daimler) von Vorwürfen unterschiedlicher Schwere betroffen. Hinzu kommen Vorwürfe unerlaubter Absprachen u.a. ausgerechnet bei der Dimensionierung der für die Abgasreinigung erforderlichen Harnstoff-Tanks.

Zum anderen hat das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2018 Fahrbeschränkungen für Dieselfahrzeuge unter der Euro Norm VI ermöglicht, dies aufgrund von massiven Überschreitungen von Grenzwerten für Stickoxide (NOx). In Hamburg sind die vom Gericht verhängten Fahrverbote für ältere Diesel seit Juni 2018 in Kraft und auch in anderen deutschen Städten, wie u.a. Berlin, Frankfurt oder Köln, werden bereits verordnete Fahrverbote ab 2019 gelten. Die Koalitionsregierung legte im Oktober 2018 nach langem Streit ein Diesel-Konzept vor, das Fahrverbote in Städten mit hoher Schadstoff-Belastung verhindern soll.<sup>68</sup> Ältere Dieselaautos sollen gegen sauberere Modelle umgetauscht oder technisch umgerüstet werden, wobei das Konzept zunächst nur in 14 besonders belasteten Städten und deren Umland gelten soll. Ob die Autohersteller Motor-Nachrüstungen tatsächlich freiwillig durchführen werden, ist jedoch fragwürdig.

Und schliesslich hat der Automobilsektor bisher noch zu wenig zur Senkung der Treibhausgase und der Erreichung der Klimaziele beigetragen. Pkw und Lkw emittieren heute im Durchschnitt zwar weniger Treibhausgase und Luftschadstoffe als noch 1995. So sanken die kilometerbezogenen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid im Schnitt bei Pkw um 13 %, bei Lkw um 31 %. Weil aber mehr Lkw unterwegs sind, sind die gesamten Kohlendioxid-Emissionen im Strassengüterverkehr 2017 um 16 Prozent höher als 1995.<sup>69</sup> Da Dieselfahrzeuge bis zu 15 Prozent weniger Kohlendioxid pro Kilometer ausstossen als Benziner, spielte der Diesel bisher eine wichtige Rolle in der Strategie der Industrie zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen.

Der Diesel-Skandal hatte Auswirkungen auf die Chefetagen der betroffenen Unternehmen. Martin Winterkorn war bereits im September 2015 von seinem Amt als VW-Chef zurückgetreten, kurz nachdem der Skandal mit weltweit Millionen manipulierter Dieselaautos von amerikanischen Behörden und Forschern aufgedeckt worden war. Die amerikanische Justiz sprach im Mai 2018 einen Haftbefehl gegen Winterkorn wegen Betrugs in der Abgasaffäre aus. Die Ankläger in den Vereinigten Staaten werfen dem ehemaligen VW-Chef ausserdem Verschwörung zum Verstoß gegen Umweltgesetze und zur Täuschung der Behörden vor. Auch die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt gegen Winterkorn, wie auch gegen den neuen VW-Konzernchef Herbert Diess und Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch. Die Untersuchungen laufen wegen möglicher Marktmanipulation, gegen Winterkorn zusätzlich wegen Betrugs. Mitte Juni 2018 wurde dann auch Audi-Chef Rupert Stadler in Deutschland festgenommen. Strafverfolger beschuldigen ihn und einen weiteren Manager des Betrugs und der Falschbeurkundung. Die Ermittlungen laufen weiterhin.

Die meisten Märkte entwickelten sich jedoch auch 2017 und 2018 aussergewöhnlich gut, insbesondere auch der (weniger bedeutende) Heimmarkt. Der am stärksten betroffene Hersteller VW steht wirtschaftlich gar so gut da wie lange nicht mehr. Der operative Gewinn von VW kletterte im dritten Quartal 2018 auf rund 2,5 Milliarden Euro. Der Wert lag damit etwa doppelt so hoch wie zum Ende des dritten Quartals

<sup>67</sup> Europäische Kommission, Foreign direct investment – an EU screening framework, 2017, [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/september/tradoc\\_156040.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/september/tradoc_156040.pdf).

<sup>68</sup> BMVI, Konzept für saubere Luft und die Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten, Oktober 2018, <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/konzept-klarheit-fuer-dieselfahrer.html>.

<sup>69</sup> Umweltbundesamt, Emissionen des Verkehrs, April 2017, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs>.

2016.<sup>70</sup> Es haben sich jedoch in Deutschland deutliche Verschiebungen bei den Marktanteilen der Kraftstoffarten ergeben. Vor allem die Neuzulassungen von Benzinern wuchsen deutlich. Im Jahresverlauf 2017 lag ihr Marktanteil bei 57.7 %. Dies waren fast 5 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.<sup>71</sup>

Das Vertrauen und das Wohlwollen insbesondere der deutschen Politik in und für die Industrie haben gelitten. Sie wird ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis stellen müssen.

**Energiewende:** Die neue Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, die Energiewende «sauber, sicher und bezahlbar» fortzuführen.<sup>72</sup> Die Wende basiert auf den zwei Säulen Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) und Steigerung der Energieeffizienz. Am meisten Strom wird in Deutschland nach wie vor aus Braun- und Steinkohle gewonnen (2017: 37 %)<sup>73</sup>. Der Kohleausstieg figuriert im Koalitionsvertrag zwar nicht prominent, bleibt aber beschlossene Sache.<sup>74</sup> Zu diesem Zweck wurde von der Bundesregierung am 6. Juni 2018 die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung («Kohlekommission») eingesetzt, welche bis Mitte Dezember u.a. über das Kohleausstiegsdatum und Alternativen für die Kohlereviere Empfehlungen abgeben soll.

Die Regierungskoalition hat sich vorgenommen, bis 2030 den Anteil EE bei der Stromproduktion von derzeit 33 %<sup>75</sup> auf gut 65 % zu erhöhen und die Stromnetze zu modernisieren.<sup>76</sup> Erreicht werden soll dies u.a. mit dem novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017, welches sowohl zum Ziel hat die EE zu fördern als auch marktfähig zu machen. Die zweite Säule der Energiewende, die Energieeffizienz, soll gemäss Koalitionsvertrag mit einer neuen «ambitionierten und sektorenübergreifenden Energieeffizienzstrategie» gesteigert werden. Am Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) wird dabei festgehalten, die Fördermittel sollen auf dem aktuellen Niveau stabilisiert werden. Ziel ist ein Rückgang des Primärenergieverbrauchs bis 2050 um 50 % gegenüber 2008.<sup>77</sup> 2016 hatte Deutschland mit 24.11 cent/kwh (für Haushalte) bzw. 12.47 cent/kwh (für Industrie)<sup>78</sup> einer der höchsten Strompreise der EU. Kritik an der Energiewende ist insbesondere dann zu vernehmen, wenn Arbeitsplätze gestrichen werden müssen. Der damit einhergehende Strukturwandel gibt Anlass zu intensiven Diskussionen. Die grossen Energiekonzerne haben realisiert, dass die Energiewende mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und der Kohle unumkehrbar ist und leiteten bereits eine Umstellung ihrer Unternehmensstrukturen und Portfolio ein, die in gewissen Sektoren auch zum Abbau von Stellen führt. Die beiden Mega-Energiekonzerne EON und RWE beschlossen, die RWE-Tochter Innogy (mit aktuell einem Börsenwert von 14,7 Mrd. Euro und erst vor Kurzem vom Mutterkonzern abgespalten) unter sich aufzuspalten und untereinander ihre Geschäftsaktivitäten zu „tauschen“. RWE soll das Geschäft mit den Erneuerbaren Energien bekommen, Eon die Netze. Zusätzlich will Eon seine Energieproduktion an RWE abgeben. Es sollen 5000 Stellen abgebaut werden. So nahm sich die neue Regierung denn auch vor, eine übergreifende Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einzusetzen. Diese soll u.a. Vorschläge machen, wie das 2030-Ziel zuverlässig erreicht werden kann, eine umfassende Folgenabschätzung vornehmen, sowie einen Plan und ein Abschlussdatum für den Kohleausstieg inkl. rechtliche, wirtschaftliche, soziale und strukturpolitische Begleitmassnahmen und einen Bundesfonds für den Strukturwandel ausarbeiten.<sup>79</sup> Nach langen Diskussionen wurde die Kommission von 28 Vollmitgliedern am 6. Juni 2018 eingesetzt, unter Begleitung eines Staatssekretärsausschusses aus den Bundesministerien für Wirtschaft, Umwelt, Inneres und Arbeit. Bis Oktober soll sie zu den «Kohlefragen», bis Ende Jahr zu den anderen Themen berichten.<sup>80</sup>

Auch die Klimaschutzziele sollen mit der Energiewende erreicht werden, wobei seit Ende 2017 klar ist, dass dies ohne Nachsteuerung nicht gelingen wird. Gemäss aktuellen Berechnungen werden statt der angestrebten Minderung der Treibhausgas-Emissionen um 40 % bis 2020 bestenfalls nur ein Wert um

<sup>70</sup> Handelsblatt, Volkswagenaktie, zuletzt konsultiert im November 2018, <https://finanzen.handelsblatt.com/110067/volkswagen-vz-aktie>.

<sup>71</sup> Verband der deutschen Automobilindustrie, Markt Deutschland, Mai 2018, <https://www.vda.de/de/themen/automobilindustrie-und-maerkte/markt-deutschland/entwicklung-im-markt-deutschland.html>.

<sup>72</sup> Koalitionsvertrag, Februar 2018, Zeile 438, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

<sup>73</sup> Statistisches Bundesamt, 37 % des Stroms aus Braun- und Steinkohle in 2017, Januar 2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/Energie/Energie.html>.

<sup>74</sup> Koalitionsvertrag, Februar 2018, Zeile 6736, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

<sup>75</sup> Statistisches Bundesamt, 37 % des Stroms aus Braun- und Steinkohle in 2017, Januar 2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/Energie/Energie.html>.

<sup>76</sup> Koalitionsvertrag, Februar 2018, Zeile 438, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

<sup>77</sup> *Ibid.*, Zeile 3337.

<sup>78</sup> Statistisches Bundesamt, Energiedaten 2017, konsultiert im Mai 2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/Energie/Verwendung/Verwendung.html>.

<sup>79</sup> Koalitionsvertrag, Februar 2018, Zeile 6726, [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=5).

<sup>80</sup> Bundesregierung, Einsetzung der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, 6. Juni 2018, [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/einsetzung-der-kommission-wachstum-strukturwandel-beschaeftigung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/einsetzung-der-kommission-wachstum-strukturwandel-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4).

die 32.5 % erreicht; schlimmstenfalls würden die Emissionen nur um 31.7 % sinken. Dabei ist festzuhalten, dass Deutschland sich im internationalen Vergleich sehr ambitionierte Ziele gesetzt hatte. Im Mai 2018 wurde Deutschland (und fünf weitere Staaten) von der EU Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Nichteinhaltung der EU-Stickoxidwerte verklagt.<sup>81</sup>

**Unsicherheiten im Handel mit Grossbritannien (Brexit), den USA (Strafzölle):** Der Referendumsentscheid zum Brexit hat die Deutschen aufgeschreckt. Die britische Volkswirtschaft ist für die deutschen Exporteure der drittgrößte Absatzmarkt unter den EU-Mitgliedstaaten, mit 84.4 Mrd. Euro im Jahr 2017.<sup>82</sup> Laut der Bundesregierung lagen die nominalen deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich im Juli 2018 etwa drei Prozent unter dem Niveau von Juli 2016. Dies sei vor allem auf den seit dem Brexit gegenüber dem Euro um etwa 13 % abgeschwächten Wechselkurs des britischen Pfunds zurückzuführen.<sup>83</sup> Gemäss einer Studie des Europäischen Ausschusses der Regionen, träge der Brexit die deutsche Wirtschaft besonders hart.<sup>84</sup> Von den 50 europäischen Regionen, die besonders von den Folgen des Brexit betroffen sein werden, 41 Regionen in Deutschland. Am stärksten belastet werden der Studie zufolge die Regionen Hamburg, Berlin, Düsseldorf mit dem westlichen Ruhrgebiet sowie Köln und Darmstadt sein. Dort seien zwischen 16 und 17,5 % der Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe den Folgen des Brexit ausgesetzt.

Als weitere Verunsicherung stehen die protektionistischen Schritte in den USA, welche den Exportweltmeister im Kern treffen (könnten). Deutschland ist der viertgrößte ausländische Investor in den Vereinigten Staaten. Darüber hinaus haben deutsche Unternehmen in den USA insgesamt 311'000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe geschaffen und sind damit zweitgrößter Arbeitgeber mit der zweithöchsten Wertschöpfung im Land.<sup>85</sup> Seit 1. Juni 2018 erheben die USA einen Zoll in Höhe von 25 Prozent auf bestimmte Stahlimporte aus der EU. Für die deutsche Stahlindustrie sind die USA der wichtigste Exportmarkt außerhalb der EU. Mit einem Anteil der US-Exporte von ca. 4 % an den gesamten deutschen Stahlexporten ist die direkte Abhängigkeit vom US-Markt allerdings begrenzt. Grössere Risiken für die deutsche Stahlindustrie bestehen in potentiellen Handelsumlenkungen aus Drittländern in den EU Markt, ausgelöst durch die Entscheidung der USA. Die EU Kommission hat daher nach einer mehrmonatigen Überprüfung der Handelsströme für Stahlprodukte am 18. Juli vorläufige Schutzmaßnahmen für insgesamt 23 Stahlproduktfamilien mit einer Gültigkeit von 200 Tagen erlassen.<sup>86</sup> Weiter schweben Drohungen des US Präsidenten Schutzzölle auf Autos einzuführen. Dieser hat jüngst die Chefs von VW, Daimler und BMW zu einem Gespräch nach Washington eingeladen. Volkswagen, Daimler und BMW exportieren pro Jahr mehr als 650'000 Fahrzeuge aus europäischer Produktion in die USA. Mehr als 800'000 Fahrzeuge produzieren sie im Jahr in den USA und beschäftigen rund 36500 Mitarbeitende.<sup>87</sup>

### 1.3. Chancen

Herausforderungen sind gleichzeitig auch Chancen, dies ist insbesondere in zwei Bereichen ersichtlich:

**Künstliche Intelligenz:** Auf Grund der demographischen Entwicklung<sup>88</sup> ist die Produktivitätssteigerung durch künstliche Intelligenz (KI) ein entscheidender Faktor für die deutsche Wirtschaft.<sup>89</sup> Angesichts des rasanten Fortschritts hin zu Industrie 4.0. und der staatlich massiv geförderten Konkurrenz aus den USA und China im Bereich der KI stellen Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik dringenden, staatlichen Handlungsbedarf fest. Studien zufolge soll Deutschland nur beim Autonomen Fahren konkurrenzfähig sein. Der Handlungsbedarf scheint folglich gross. Entsprechend hat sich die neue Koalitionsregierung im Februar 2018 zum Ziel gesetzt, «*Deutschland zu einem weltweit führenden Standort bei der*

<sup>81</sup> EU- Kommission, Air quality: Commission takes action to protect citizens from air pollution, 17. Mai 2018, [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-3450\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3450_en.htm).

<sup>82</sup> Statistisches Bundesamt, 58,6 % der deutschen Exporte gingen im Jahr 2017 in die Europäische Union, Mai 2018, [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/05/PD18\\_160\\_51.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/05/PD18_160_51.html).

<sup>83</sup> Bundesregierung, Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP, 15.10.2018, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/050/1905033.pdf>.

<sup>84</sup> European Committee of the Regions, Territorial Impact Assessment: The UK's withdrawal from the European Union, 2018, <https://cor.europa.eu/en/our-work/Documents/Territorial-impact-assessment/tia-brexit.pdf#search=brexit>.

<sup>85</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/deutsch-amerikanischer-handel.html>.

<sup>86</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Branchenfokus/Industrie/branchenfokus-stahl-und-metall.html>.

<sup>87</sup> Handelsblatt, 21.11.2018, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/handelsstreit-autobosse-im-weissen-haus-trump-will-strafoelle-mit-der-industrie-diskutieren/23662784.html>.

<sup>88</sup> Durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 1.6 und über 20 % der Bevölkerung über 65 Jahre alt. Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutschland im EU-Vergleich, 2018, <https://www.destatis.de/Europa/DE/Staat/Vergleich/DEUVergleich.html>.

<sup>89</sup> Gemäss einer Studie von McKinsey stützt sich rund ein Drittel des für 2030 anvisierten BIP Deutschlands auf Produktivitätssteigerung ab. Quelle: McKinsey, Smartening up with Artificial Intelligence, April 2017, [https://www.mckinsey.de/files/170419\\_mckinsey\\_ki\\_final\\_m.pdf](https://www.mckinsey.de/files/170419_mckinsey_ki_final_m.pdf).

*Erforschung von künstlicher Intelligenz*» zu machen. Dabei will man nicht einfach kopieren, was in anderen Ländern bereits gemacht wird, sondern man will überzeugen mit einer «besseren Qualität», durch eine nachhaltigere, europäischere Entwicklung von KI. Bundeswirtschaftsminister Altmaier spricht in diesem Zusammenhang immer von seiner Vision eines «Airbus» der künstlichen Intelligenz, einem Gemeinschaftsprojekt. Verschiedenste parallellaufende Prozesse sollen diese Entwicklungen top-down steuern. Zum einen hat Bundeskanzlerin Merkel ein Digitalkabinet<sup>90</sup> ins Leben gerufen, in dem alle Minister inkl. sie selber sitzen, und das seit Mai 2018 bereits zweimal getagt hat. Das Kabinet hat dem Bildungsministerium die Ausarbeitung einer Nationalen Strategie Künstliche Intelligenz<sup>91</sup> in Auftrag gegeben, die am 3./4. Dezember 2018 in Nürnberg der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird. Gleichzeitig hat sich im Bundestag eine Enquete Kommission Künstliche Intelligenz formiert, die aus 19 Bundestagsabgeordneten aller Faktionen besteht. Auch sie soll einen Bericht vorlegen. Künstliche Intelligenz ist auch ein Schwerpunktthema der der Hightech-Strategie 2025<sup>92</sup>. Die HTS 2025 hat ganz allgemein zum Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2025 auf 3.5 % des BIP zu steigern. Allein 2018 investiert die Bundesregierung weit über 15 Mrd. Euro für die Ziele der HTS 2025.

**Finanzplatz Frankfurt:** Nachdem sich Frankfurt im Laufe des letzten Jahrzehnts national als grösstes Finanzzentrum in Deutschland etablierte, gleichzeitig im internationalen Vergleich jedoch einige Marktanteile verlor, hat sich der Finanzplatz Frankfurt in den letzten Jahren und insbesondere seit dem Brexit-Entscheid dynamisch entwickelt und an Bedeutung gewonnen. Per Ende Oktober 2018 haben bereits 30 Banken im Zuge des Brexit angekündigt nach Frankfurt zu ziehen. Die Schweizer Grossbanken UBS und CS verstärken ihre Präsenz in Frankfurt insbesondere im Bereich des Investment Banking.

Zusammen mit der hessischen Landesregierung und den verschiedenen Förderinitiativen vor Ort unterstützt das Bundesfinanzministerium Frankfurt in seinem Bestreben, die Rahmenbedingungen seines Finanzplatzes attraktiver zu gestalten. Nachdem Frankfurt sich im GFCI 23 von März 2018 um 9 Plätze verschlechterte, gleichzeitig aber 7 Ratingpunkte dazu gewann, verbesserte sich Frankfurt im GFCI 24 vom September 2018 um 10 Plätze. Zudem konnte der Finanzplatz 22 Ratingpunkte dazu gewinnen. Mit 730 Punkten reiht sich Frankfurt auf dem 10. Platz direkt hinter Zürich (732 Punkte) und noch vor Luxemburg (Platz 21 mit 694 Punkten) ein. Somit hat sich Frankfurt als zweitwichtigster Finanzplatz Kontinentaleuropas etabliert.

Frankfurt ist Sitz der EZB, der Bundesbank, der nationalen Aufsichtsbehörde BaFin und der EU-Versicherungsaufsicht EIOPA. Mit den Handelsplätzen Xetra und der Börse Frankfurt verfügt die Mainmetropole weltweit über die viertgrösste Börse für Wertpapiere.

Der Finanzplatz beschäftigte 2018 rund 63'200 Angestellte und ist Sitz von 204 Banken, darunter 166 Auslandsbanken. Die zentrale geographische Lage mit dem Flughafen, die gut ausgebaute Infrastruktur, die Rhein-Main-Metropolregion mit 5.68 Millionen Einwohnern und 3.1 Millionen Angestellten, ein breites wissenschaftliches Netzwerk mit dem «House of Finance» der Goethe-Universität sowie seine Position als grösster Internetknotenpunkt der Welt bilden die wichtigsten Standortfaktoren von Frankfurt.

## 2. Internationale und regionale Wirtschaftsabkommen

### 2.1. Politik, Prioritäten des Landes

Deutschland hatte 2017 den G20-Vorsitz inne und sitzt dieses Jahr zusammen mit Argentinien und Japan in der Troika. Trotz damals noch andauerndem Wahlkampf und der noch andauernden Koalitionssondierungen wurde ressourcenintensiv an den festgelegten Prioritäten der deutschen Präsidentschaft gearbeitet. Das *Global Forum on Steel Excess Capacity* war Deutschland dabei als grosser Stahlproduzent ein Kernanliegen. Deutschland setzt sich auch unter argentinischem Vorsitz für die damals definierten Handlungsprioritäten ein bspw. für stabile Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft und das Finanzsystem. Dabei soll bspw. der IMF weiterhin im Zentrum der globalen Finanzarchitektur stehen. Deutschland ist im Bereich grenzüberschreitende Kapitalflüsse eine Verfechterin des *OECD Code of Liberalisation of Capital Movement* und dafür sollen auch alle Nicht-OECD Staaten (namentlich China) gewonnen werden. Besteuerung von digitalen Unternehmen und Steuertransparenz sind weitere Prioritäten.

<sup>90</sup>Die Bundesregierung, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/digitalisierung-wird-chefsache-1140420>.

<sup>91</sup>Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Technologie/strategie-kuenstliche-intelligenz-der-bundesregierung.html>.

<sup>92</sup>Die Bundesregierung, zuletzt besucht im Dezember 2018, <https://www.hightech-strategie.de/>.



Auch das von Deutschland geschaffene Gefäss *Compact with Africa* blieb 2018 ein Steckenpferd. An dem im November stattgefundenen Gipfeltreffen mit den damals noch 11 Compactländern hat DEU angekündigt, private Investitionen in Afrika mit bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich zu fördern. Über einen Entwicklungsinvestitionsfonds sollen vor allem kleinere und mittlere deutsche Unternehmen zu einem stärkeren Engagement auf dem Nachbarkontinent ermutigt werden. Der Staat will einen Teil der geschäftlichen Risiken tragen und Darlehen zur Verfügung stellen. Der Fonds soll von der Deutschen Entwicklungsgesellschaft DEG verwaltet werden, ist für 3 Jahre geplant und wird aus Mitteln des Bundesentwicklungsministeriums BMZ gespeist. Die Unternehmen werden die Mittel aktiv anfordern müssen, dabei ist offen, ob die ganzen Mittel auch tatsächlich ausgeschöpft werden.

Kaum ein anderes grosses Industrieland ist so stabil in die Weltwirtschaft eingebettet wie Deutschland. Am gesamten weltweiten Handel hatte Deutschland 2016 einen Anteil von 7.44 %. Etwa 30 % der Arbeitsplätze (bzw. über 50 % in der Industrie) hängen direkt oder indirekt vom Export ab.<sup>93</sup> Deutschland setzt sich daher seit langem für offene Märkte und für eine Handelsliberalisierung auf der Grundlage klarer, vorhersehbarer und multilateral abgestimmter Regeln ein. Für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist eine weitere Liberalisierung des Welthandels von entscheidender Bedeutung. Deutschland strebt in erster Linie einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde an. Wie wichtig dem Land das Gefäss der WTO ist, zeigt sich auch in den jüngsten Diskussionen um den Umgang mit den US-Strafzöllen auf Stahl und Aluminium. Allgemein und angesichts zu befürchtender Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen auf den Weltmärkten aufgrund der Verzögerung beim Abschluss dieser WTO-Verhandlungen, tritt Deutschland als starker Befürworter von bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit Drittstaaten ein.

Das **Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)**, das Ende September 2017 vorläufig in Kraft getreten ist und damit grösstenteils bereits Anwendung findet, bietet aus Sicht Deutschlands eine grosse Chance, der fortschreitenden Globalisierung faire und gute Regeln zu geben und aktiv mitzugestalten. Vorteile sieht man beim Wegfallen von Zöllen auf Industriegüter, einem verbesserten Marktzugang und der Festsetzung von hohen Standards, die Massstäbe für zukünftige Handelsabkommen setzen sollen.<sup>94</sup> Eine Verfassungsklage verschiedener Organisationen ist beim Bundesverfassungsgericht hängig. Ende Mai 2018 haben einige Beschwerdeführer einen Antrag gestellt, gewisse Fragen beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu klären.<sup>95</sup>

Die Verhandlung zur **transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)** hingegen ist nach der Wahl des neuen US Präsidenten in der EU und damit auch in Deutschland «auf Eis gelegt worden». Ob diese je wieder aufgenommen wird ist derzeit unwahrscheinlich und für Deutschland momentan ein *no-go*. Im Jahr 2016 hatten sich heftige Diskussionen, u.a. auch innerhalb der damaligen Grossen Koalition um die Durchführbarkeit und Nutzen eines solchen Abkommens ergeben. Begleitet wurden diese von Grossdemonstrationen von TTIP-Gegnern in mehreren deutschen Städten. Der Kritik des Deutschen Bundestages, wonach ein Einbezug der gewählten VolksvertreterInnen in die Verhandlungen nicht ausreichend gewährleistet worden sei, konnte mittlerweile mit einem Gutachten des EuGH Rechnung getragen werden. Dieses besagt, dass weitreichende Projekte wie CETA oder TTIP, welche auch Bestimmungen zum Investitionsschutz und zur Streitbeilegung enthalten, nicht in die ausschliessliche Zuständigkeit der EU-Kommission fallen und zementiert somit das Mitspracherecht der nationalen Parlamente bei Freihandelsabkommen.<sup>96</sup> Im Zuge des Strafzollstreits auf Stahl und Aluminium brachte der neue Bundeswirtschaftsminister «TTIP-light» ins Spiel bzw. ein neues Abkommen, worin gegenseitige Zollsenkungen im Industriesektor vereinbart werden könnten. Dies bescherte ihm viel Kritik.

**MERCOSUR** Seit dem Jahr 2000 verhandelt die EU mit den Mercosur-Staaten über ein Assoziierungsabkommen mit Freihandelsteil. Deutschland, das für seine Exportindustrie den Zugang zu diesem Markt von 260 Mio. Konsumentinnen und Konsumenten verbessern will, gilt dabei als eine der treibenden Kräfte. Seitens Mercosur hat vor allem die exportierende Landwirtschaft Interesse. Gemäss der Bundesregierung nahmen die Verhandlungen ab 2016 an Fahrt auf. Beobachter führen dies auf neue Zugeständnisse, aber auch den politischen Willen, ein Signal gegen Protektionismus auszusenden, zurück. Das seit Langem geplante Abkommen soll Ende 2018 oder Anfang 2019 zum Abschluss gebracht werden. Noch unklar ist jedoch, wie sich der neu gewählte Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro, zum Abkommen positioniert. Wie

<sup>93</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Facts about German Foreign Trade, August 2017, [https://www.bmwi.de/Redaktion/EN/Publikationen/facts-about-german-foreign-trade-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwi.de/Redaktion/EN/Publikationen/facts-about-german-foreign-trade-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=6).

<sup>94</sup> Bundesregierung, CETA und TTIP, September 2017, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Freihandelsabkommen/2017-05-08-ceta-ttip.html?nn=1245230>.

<sup>95</sup> Campact, Mehr Demokratie, Foodwatch, 8 Gründe, warum CETA vor den Europäischen Gerichtshof muss, 1. Juni 2018, <https://www.ceta-verfassungsbeschwerde.de/>.

<sup>96</sup> Rechtssprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), Mai 2017, <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=190727&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=585899>.

eine 23 kritische Punkte umfassende parlamentarische Anfrage von Bündnis90/Die Grünen vom Mai 2018 aufzeigt, wird wohl auch dieses Abkommen – einmal abgeschlossen - in der deutschen Öffentlichkeit für Kontroverse sorgen. Ausgewählte Knackpunkte: Schutz der heimischen Landwirtschaft (insbes. Importquote für Rindfleisch), griffige Bestimmungen zu Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Verbraucherschutz, Gesundheit.<sup>97</sup>

## 2.2. Perspektiven für die Schweiz (Konkurrenzpotenzial)

Konkrete Freihandelsabkommen der EU mit Drittstaaten (Bsp. CETA, MERCOSUR) sind von besonderer Relevanz für die Schweiz. Es ist zentral, mit diesen Ländern Freihandelsregeln zu etablieren, die denjenigen der EU möglichst nahekommen, damit die Schweizer Exportwirtschaft gegenüber der europäischen Konkurrenz nicht benachteiligt ist. Betroffen wären vor allem die traditionellen Exportindustrien Pharma, Chemie, Maschinen und Uhren.

## 3. Aussenhandel

### 3.1. Entwicklungen und allgemeine Aussichten

**Die Aussenhandelsbilanz** schloss im Jahr 2017 mit einem Überschuss von 248 Mrd. Euro ab. Trotz der beträchtlichen Summe ist der Handelsüberschuss 2017 zum ersten Mal seit acht Jahren zurückgegangen.<sup>98</sup>

Im Jahr 2017 wurden von Deutschland Waren im Wert von 1'279 Mrd. Euro exportiert und Waren im Wert von 1'031 Mrd. Euro importiert. Selbst der stärkere Euro bspw. gegenüber dem Dollar hat bislang keine Bremsspuren hinterlassen. Die Nachfrage wurde dadurch nicht gedämpft. 2017 stellte sich China mit 188 Mrd. Euro an die Spitze der Tabelle der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Auf den Rängen zwei und drei folgten die Niederlande mit einem Warenverkehr in Höhe von 175 Mrd. Euro und die USA mit einem Aussenhandelsumsatz von 174 Mrd. Euro.<sup>99</sup>

2017 betrug der Anteil der Exporte am BIP in Deutschland 47.0 %, was die enorme Wichtigkeit der Exportindustrie belegt.<sup>100</sup>

Rund 70 % des Energieaufkommens in Deutschland wird durch **Importe diverser Energieträger** gedeckt.<sup>101</sup> Deutschland bezog im Jahr 2017 knapp 36.9 % seines Rohölbedarfs und 35 % seines Steinkohlebedarfs aus Russland. Norwegen als zweitwichtigster Energielieferant lieferte 11.4 % des Rohölbedarfs und 31 % des Erdgasaufkommens.<sup>102</sup> Vor dem Hintergrund der hohen Abhängigkeit Deutschlands von Energierohstoffimporten, der wachsenden globalen Energienachfrage sowie der Energiewende, ist die Bundesregierung in den letzten Jahren eine Reihe von bilateralen Energiepartnerschaften mit wichtigen Energieerzeuger-, Energietransit- und Verbraucherländern eingegangen.<sup>103</sup>

Die Bundesregierung hat im Jahr 2017 **Exportkreditgarantien** von 16.9 Mrd. Euro (2016: 20.6 Mrd. Euro) übernommen. Im Länderranking steht Russland mit 1.8 Mrd. Euro an der Spitze (2016: 3.8 Mrd. Euro), gefolgt von der Türkei mit 1.6 Mrd. Euro (2016: 1.1 Mrd. Euro) und Singapur mit 1.2 Mrd. Euro (2016: 0.1 Mrd. Euro).

<sup>97</sup> Antwort der Bundesregierung, Kleine Anfrage der Abgeordneten Katharina Dröge, Uwe Kekeritz, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Verhandlungen über das Handelsabkommen der Europäischen Union mit den Mitgliedstaaten des südamerikanischen Mercosur, Mai 2018, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/021/1902100.pdf>.

<sup>98</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel 1950-2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Aussenhandel/trahl01.html>.

<sup>99</sup> Statistisches Bundesamt, Rangfolge der Handelspartner 2017, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>100</sup> Statistisches Bundesamt, Globalisierungsindikatoren, Stand Ende 2017, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Globalisierungsindikatoren/Tabellen/01\\_02\\_03\\_44\\_VGR.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Globalisierungsindikatoren/Tabellen/01_02_03_44_VGR.html).

<sup>101</sup> Bundesamt für Wirtschaft und Energie, Energiedaten Gesamtausgabe, Stand Anfang 2018, [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energiedaten/energiedaten-gesamt-pdf-grafiken.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=14](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Energiedaten/energiedaten-gesamt-pdf-grafiken.pdf?__blob=publicationFile&v=14).

<sup>102</sup> Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energieverbrauch in Deutschland 2017, [http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article\\_id=20&archiv=13&year=2017](http://www.ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=20&archiv=13&year=2017).

<sup>103</sup> Auswärtiges Amt, Energiepartnerschaften, konsultiert im Mai 2018, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Energie/Energiepartnerschaften\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Energie/Energiepartnerschaften_node.html).

### 3.1.1 Warenhandel

Die **deutschen Warenexporte** lagen 2017 bei 1'279 Mrd. Euro, was einer Zunahme im Vergleich zu 2016 von 6.2 % entspricht. Die **Güterimporte** nach Deutschland betragen 2017 1'031 Mrd. Euro (2016: 954.8 Mrd. Euro; +8.0 %).<sup>104</sup>

Die USA waren auch 2017 das wichtigste Abnehmerland deutscher Waren. Güter im Wert von 111.8 Mrd. Euro wurden von Deutschland in die Vereinigten Staaten exportiert (2016: 106.9 Mrd. Euro). Auf den Plätzen zwei und drei der wichtigsten deutschen Exportländer lagen Frankreich (105.7 Mrd. Euro) und China (86.1 Mrd. Euro). China hat seit dem letzten Jahr zwei Ränge gut gemacht (2016 lag es mit 76.1 Mrd. Euro auf Rang 5)<sup>105</sup> und stellt speziell für die deutsche Automobilbranche einen sehr wichtigen Absatzmarkt dar. Damit ist China für die deutsche Gesamtwirtschaft von besonderer Bedeutung, denn Kraftwagen und Kraftwagenteile machten im Jahr 2017 erneut den grössten Teil der deutschen Exporte aus - mit einem Anteil von 18.4 % der deutschen Gesamtexporte und einem Wert von 234.39 Mrd. Euro. Das zweitwichtigste Exportgut waren auch in diesem Jahr Maschinen mit einem Anteil von 14.4 % der Gesamtexporte und einem Wert von 184.5 Mrd. Euro. An dritter Stelle lagen chemische Erzeugnisse mit einem Anteil von 9.0 % oder 114.9 Mrd. Euro.<sup>106</sup> Die Exporte in das Vereinigte Königreich gingen von 85.9 Mrd. Euro im Jahr 2016 auf 85.4 Mrd. Euro im Jahr 2017 zurück. Damit verlor das Vereinigte Königreich einen Platz in der Rangfolge und findet sich auf Rang vier wieder.

**Importseitig** lagen 2017 Kraftwagen und Kraftwagenteile mit 115.9 Mrd. Euro auf dem ersten Platz (2016: Maschinen, Apparate), gefolgt von Datenverarbeitungsgeräten, elektrisch und optischen Erzeugnissen (114.1 Mrd. Euro) und Maschinen (82.1 Mrd. Euro).<sup>107</sup> Nach Deutschland importiert wurden die meisten Waren im Jahr 2017 aus der Volksrepublik China (101.8 Mrd. Euro). Das entspricht einer Zunahme von 8.1 % gegenüber dem Vorjahr. Damit haben sich die Importe aus China noch stärker entwickelt als im Jahr 2016, in welchem eine Zunahme von 2.1 % verzeichnet wurde. Den zweiten Rang belegen die Niederlande mit einem Importvolumen von 90.6 Mrd. Euro, was einer bemerkenswerten Zunahme von 9.0 % seit 2016 bedeutet. Auf dem dritten Platz der wichtigsten deutschen Lieferländer folgt Frankreich mit 64.3 Mrd. Euro.<sup>108</sup>

Der deutsch-russische Handel, der in den beiden vergangenen Jahren stark unter den Sanktionen gegen die Russische Föderation gelitten hatte, erholte sich im Jahr 2017. Exportseitig stieg er 2017 um satte 19.8 % an, während die Importe, nach einer Abnahme von 21.5 % im Jahr 2015 und 12 % im Jahr 2016 um 18.5 % anstiegen.<sup>109</sup>

Seit dem Abschluss des Atomabkommens im Jahr 2015 und der Lockerung der Sanktionen gegenüber Iran kam 2017 endlich der erhoffte Effekt: Im vergangenen Jahr stieg der Export von Gütern aus Deutschland in den Iran auf rund 3 Mrd. Euro – ein Zuwachs seit 2015 um knapp ein Drittel. Exportschlager sind Maschinen (934 Mio. Euro), chemische Erzeugnisse (415 Mio. Euro) und pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse (240 Mio. Euro).<sup>110</sup> Bis 2025 hätte gemäss Trendrechnung das Exportvolumen auf zehn Milliarden Euro im Jahr anwachsen sollen. Umgekehrt lieferte der Iran 2017 Waren im Wert von 413 Mio. Euro nach Deutschland – vornehmlich Agrarprodukte (124 Mio. Euro) und Erdöl und Erdgas (107 Mio. Euro). Seit der im Mai 2018 angekündigten Abkehr der US Regierung aus der Politik Obamas herrscht Verunsicherung. Der frisch berufene US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, liess per Twitter wissen, als Konsequenz aus den US-Sanktionen sollten deutsche Firmen ihre Geschäfte im Iran stoppen, und zwar „unverzüglich“.<sup>111</sup> Es wächst die Befürchtung, deutsche Konzerne könnten durch den Handel mit Teheran auch ihr US-Geschäft in Gefahr bringen. Siemens, Airbus und Daimler sind Unternehmen, welche öffentlich ihre Unsicherheit betreffend die anstehenden Aufträge bzw. ihrer Expansionspläne in den Iran kundgetan haben. Mit der von der EU angekündigten Wiederaktivierung der «*blocking statute*»,<sup>112</sup> welche europäischen Unternehmen verbietet, sich am Embargo der USA zu beteiligen, müssen sich diese zwischen Hammer und Amboss entscheiden. Was genau der Verbotstatbestand der *Blocking*

<sup>104</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Aussenhandel.html>.

<sup>105</sup> *Ibid.*

<sup>106</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel: Handelswaren 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/HandelswarenJahr.html>.

<sup>107</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel: Güterabteilungen, Stand November 2018, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/EinfuhrAusfuhrGueterabteilungen.html>.

<sup>108</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel 2017, [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichten/Jendqueltig2070100177004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichten/Jendqueltig2070100177004.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>109</sup> *Ibid.*

<sup>110</sup> *Ibid.*

<sup>111</sup> Richard Grenell, Tweet vom 8. Mai 2018, <https://twitter.com/RichardGrenell/status/993924107212394496>.

<sup>112</sup> Europäische Kommission, *blocking statute*, November 1996, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31996R2271:EN:HTML>.

Verordnung beinhaltet scheint jedoch noch nicht klar. Eine **Alternative zu SWIFT** zu schaffen, sowie es AM Maas ursprünglich vorgeschlagen hatte, ist in Deutschland wieder im Gespräch.

Nach der Affäre Khashoggi hat Deutschland seine Handelsbeziehungen zu Saudi-Arabien eingeschränkt. Am 19. November 2018 gab das Bundeswirtschaftsministerium BMWi bekannt, dass keinerlei Waffen oder andere Rüstungsgüter mehr nach Saudi-Arabien ausgeliefert würden. Auch nicht solche, deren Export bereits genehmigt wurde. Zuvor hatte die Regierung lediglich von neuen Genehmigungen abgesehen. Unklar ist, ob Schadenersatz gezahlt und wie lange das Embargo gelten wird. Hauptbetroffen scheint der Familienbetrieb Lürssen zu sein, eine Werft aus Bremen, die derzeit rund 50 Patrouillenboote für Saudi-Arabien baut. Die Auftragssumme soll bei 1 Mrd. Euro liegen; rund 300 Arbeitsplätze hängen am Auftrag. Der Rüstungsexportstopp dürfte mehr oder weniger alle dt. Rüstungshersteller betreffen, insbesondere Rheinmetall, für das Saudi-Arabien einer der grössten Kunden ist. Unter Beschuss kommen aber auch Unternehmen, die keine Rüstungsgüter exportieren, wie etwa Siemens.

### **3.1.2 Dienstleistungshandel**

Die Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland betragen in Deutschland im Jahr 2017 272.8 Mrd. Euro. Das ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 14.4 Mrd. Euro oder 5.3 %. Die Dienstleistungsausgaben beliefen sich 2017 auf 289.0 Mrd. Euro, eine Zunahme von 13.5 Mrd. Euro oder 3.8 %.<sup>113</sup> Der Gesamtsaldo der deutschen Dienstleistungsbilanz weist regelmässig ein Defizit auf und betrug im Jahr 2017 16.2 Mrd. Euro. Das Defizit wird tendenziell kleiner, im Jahr 2013 waren es noch 41.4 Mrd. Euro, im Jahr 2014 25.3 Mrd. Euro, im Jahr 2015 18.6 Mrd. Euro. Und im Jahr 2016 21.2 Mrd. Euro.

Der grösste Negativposten in der deutschen Dienstleistungsbilanz liegt laut der Deutschen Bundesbank im grenzüberschreitenden Reiseverkehr: Der deutsche Dienstleistungssaldo wird dominiert vom Reiseverkehr. Da viel weniger Ausländer Deutschland besuchen als Deutsche das Ausland, übersteigen die deutschen Ausgaben für den Reiseverkehr die Einnahmen aus dem Reiseverkehr wesentlich. So zahlten Deutsche 2017 74.1 Mrd. Euro für Aufenthalte im Ausland, hingegen verzeichnete Deutschland nur 35.3 Mrd. für internationale Übernachtungen, was zu einem Negativsaldo von 38.8 Mrd. Euro führte.<sup>114</sup>

## **3.2. Bilateral Handel**

### **3.2.1 Warenhandel**

Mit 99.7 Mrd. CHF hat das Handelsvolumen Deutschland - Schweiz 2017 (93.8 Mrd. CHF im Jahr 2016) zugenommen (Zahlen in *Total 2* inkl. Gold, Edelmetalle, Münzen, Edel- und Schmucksteinen, Kunstgegenständen und Antiquitäten).<sup>115</sup> Das entspricht einem Anteil von 17.8 % des Handelsvolumens der Schweiz (*siehe auch Annex 4*).<sup>116</sup> Wird das Handelsvolumen nicht in *Total 2*, sondern *in Total 1* berechnet (das heisst, ohne den Handel mit Gold, Edelmetallen, Münzen, Edel- und Schmucksteinen, Kunstgegenständen und Antiquitäten) so betrug das Handelsvolumen Deutschland - Schweiz 2017 93.9 Mrd. CHF. Dies entspricht 23.1 % des totalen Handelsvolumens der Schweiz im *Total 1*.

Sowohl im *Total 1* wie im *Total 2* führt Deutschland die Rangliste der wichtigsten Handelspartner der Schweiz an. Das Handelsvolumen mit Deutschland allein liegt in beiden Totalen höher als das Handelsvolumen der Schweiz mit den restlichen Nachbarstaaten zusammengerechnet (*Total 2*: 99.7 Mrd. CHF mit Deutschland, 75.1 Mrd. mit Italien, Österreich und Frankreich insgesamt bzw. *Total 1*: 93.9 Mrd. CHF mit Deutschland, 58.8 Mrd. CHF mit Italien, Österreich und Frankreich). Auf Platz zwei der Rangliste liegen die USA mit 46.5 Mrd. CHF (*Total 1*) bzw. 57.6 Mrd. (*Total 2*). Bei einer Berechnung im *Total 2* liegt China mit 37.1 Mrd. CHF auf dem dritten Platz, während im *Total 1* Italien mit 31.8 Mrd. CHF den dritten Platz belegt.<sup>117</sup>

2017 importierte die Schweiz Waren aus Deutschland im Wert von 54.5 Mrd. CHF (*Total 2*) bzw. 52.3 Mrd. CHF (*Total 1*). Damit ist Deutschland für die Schweiz der wichtigste Anbieter. 20.5 % (*Total 2*) bzw.

<sup>113</sup> Deutsche Bundesbank, Aussenwirtschaft: Zahlungsbilanz, Stand November 2018, <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/aussenwirtschaft/zahlungsbilanz/publikationen-614026>.

<sup>114</sup> *Ibid.*

<sup>115</sup> Eidgenössische Zollverwaltung, Swiss-Impex Datenbank, Stand November 2018, <https://www.swiss-impex.admin.ch/>.

<sup>116</sup> Eidgenössische Zollverwaltung, Länderrangliste 2017, <https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/themen/schweizerische-aussenhandelsstatistik/aussenhandelsergebnisse-nach-themen/aussenhandel-nach-wirtschaftsraeumen--kontinenten-und-laendern.html>.

<sup>117</sup> Eidgenössische Zollverwaltung, Handelspartner 2017, <https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/themen/schweizerische-aussenhandelsstatistik/daten/handelspartner.html>.



28.1 % (Total 1) aller Importgüter, welche in die Schweiz gelangen, stammen aus Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Importe um 6.8 % (Total 2) bzw. 7.7 % (Total 1) gestiegen.<sup>118</sup> Aus Deutschland wurden hauptsächlich chemisch-pharmazeutische Produkte (22.7 %) und Maschinen (17.2 %) sowie Fahrzeuge und Metalle importiert (12.2 bzw. 11.1 %, alle Zahlen im Total 2).<sup>119</sup>

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Exporten. Die Schweiz exportierte 2017 Waren im Wert von 45.2 Mrd. CHF (Total 2) bzw. 41.6 Mrd. CHF (Total 1) nach Deutschland. Das entspricht einem Anteil von 15.3 % (Total 2) bzw. 18.8 % (Total 1) der Gesamtausfuhr der Schweiz.<sup>120</sup> Die Exporte haben gegenüber dem Vorjahr ebenfalls zugenommen und zwar um 5.7 % (Total 2) bzw. 5.2 % (Total 1). Die wichtigsten Exportartikel der Schweiz nach Deutschland waren 2017 chemisch-pharmazeutische Produkte (34.5 %, Total 2) und Maschinen (16.6 %, Total 2).

Damit hat die Schweiz im Jahr 2017 mit 9.4 Mrd. CHF (2016: über 8.2 Mrd. CHF) zu Deutschlands Handelsbilanzüberschuss beigetragen. Während die Schweiz selbst traditionell eine positive Handelsbilanz hat, ist diese Deutschland gegenüber negativ.

Aus deutscher Sicht ist die Schweiz seit 2010 wichtigstes Herkunftsland für Importe in Baden-Württemberg. Allein dieses Bundesland importierte 2017 Waren im Wert von 15.6 Mrd. Euro (2016: 15.5 Mrd. Euro) aus der Schweiz (Total 2).<sup>121</sup> Hinsichtlich des Handelsvolumens lag die Schweiz 2017 in Deutschland erneut auf Rang 9. Für Deutschland ist die Schweiz damit ein bedeutenderer Handelspartner als etwa Russland, Japan, Brasilien oder Indien.<sup>122</sup>

### 3.2.2 Dienstleistungshandel

Nach Angaben der Deutschen Bundesbank fällt der Saldo des Dienstleistungsverkehrs mit der Schweiz seit 2012 zu Gunsten von Deutschland aus und betrug 2017 106 Mrd. Euro. Die Exporte in die Schweiz beliefen sich 2017 auf 23.4 Mrd. Euro (2016: 23.1), während die Importe 12.8 Mrd. Euro (2016: 12.7 Mrd. Euro) betragen.<sup>123</sup>

Die Bilanz im **Reiseverkehr** zeigt ein nicht mehr ganz so ausgeglichenes Bild: Die Schweizer brachten 2017 mit 3.7 Mrd. Euro nach Angaben der Deutschen Bundesbank am meisten Einnahmen nach Deutschland. Damit befinden sich die Schweizer beim Reiseverkehr noch vor den Niederländern mit 3.5 Mrd. Euro.<sup>124</sup>

Die Deutschen brachten dem Schweizer Tourismus im Jahr 2017 wie in den beiden vergangenen Jahren 2.0 Mrd. Euro ein.<sup>125</sup> Nach dem Rekordjahr 2014 (2.9 Mrd. Euro) hat die Schweiz als Urlaubsziel bei deutschen Touristen offensichtlich an Attraktivität verloren, dies u.a. aufgrund des starken Frankens, an den Logiernächsten gemessen scheint aber der Turnaround geschafft. Die Schweiz ist aus deutscher Sicht als Reiseland weit weniger beliebt als andere europäische Länder wie z.B. Spanien, Italien und Österreich, gefolgt von den Niederlanden und Frankreich.<sup>126</sup> (Siehe auch 5.2)

## 4. Direktinvestitionen

### 4.1. Entwicklung und allgemeine Aussichten

Grösster Investor in Deutschland sind die Niederlande mit 104.4 Mrd. Euro Investitionskapital, gefolgt von Luxemburg mit 95.6 Mrd. Euro.<sup>127</sup> Mit einigem Abstand liegt auf dritter Stelle das Vereinigte Königreich

<sup>118</sup> Eidgenössische Zollverwaltung, Swiss-Impex Datenbank, Stand November 2018, <https://www.swiss-impex.admin.ch/>.

<sup>119</sup> *Ibid.*

<sup>120</sup> Eidgenössische Zollverwaltung, Länderrangliste 2016, <https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/themen/schweizerische-aussenhandelsstatistik/aussenhandelsergebnisse-nach-themen/aussenhandel-nach-wirtschaftsraeumen--kontinenten-und-laendern.html>.

<sup>121</sup> Statistisches Landesamt B-W, Aussenhandelsstatistik, Stand November 2018, <https://www.statistik-bw.de/AHDB/Tabelle?T=0&R=ST1039&A=0&B=0>.

<sup>122</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel 2017, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile).

<sup>123</sup> Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanz, Stand November 2018, <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/aussenwirtschaft/zahlungsbilanz/publikationen-614026>

<sup>124</sup> *Ibid.*

<sup>125</sup> *Ibid.*

<sup>126</sup> *Ibid.*

<sup>127</sup> Deutsche Bundesbank, Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland, April 2018 (aktuellste Zahlen Stand Ende 2016), <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/statistiken/statistische-sonderveroeffentlichungen/statistische-sonderveroeffentlichung-10/bestandserhebung-ueber-direktinvestitionen-2018-729620>

mit einem Investitionskapital von 42.4 Mrd. Euro. Die Schweiz liegt mit 38.8 Mrd. Euro neu an 4. Stelle (vgl. unten). Die ausländischen mittelbaren und unmittelbaren Direktinvestitionen in Deutschland betragen nach Angaben der Deutschen Bundesbank nach aktuellsten verfügbaren Zahlen per Ende 2016 473.8 Mrd. Euro.<sup>128</sup>

Das unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) erarbeitete **Außenwirtschaftsgesetz bzw. die Außenwirtschaftsverordnung**<sup>129</sup> gibt der Regierung ein Instrument in die Hand, jegliche Art des direkten oder indirekten Erwerbs durch Firmen von ausserhalb der EU von 25 % oder mehr der Stimmrechte an deutschen Firmen zu prüfen und, wenn «die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland» gefährdet wird, zu unterbinden. Bei Anzeichen von Missbrauch oder Umgehungsgeschäften können auch Investitionen durch Unternehmen aus der EU bzw. den EFTA-Staaten geprüft werden. Anteile von Firmengruppen werden zusammengezählt. Vor dem Hintergrund der andauernden und kontroversen Debatte zu chinesischen Investitionen (siehe Kapitel 2.1. Herausforderungen) wurde die Außenwirtschaftsverordnung im Juli 2017 konkretisiert und verschärft, und u.a. eine gesetzliche Meldepflicht für Investitionen in gewissen Sektoren eingeführt sowie die Prüffrist verlängert. Aktuell gibt es eine parlamentarische und regierungsinterne Debatte zu einer weiteren Verschärfung der Verordnung, etwa durch das Absenken des Prüfschwellenwerts von 25 % auf bis zu 10 %.

## 4.2. Bilaterale Investitionen

Die hohe gegenseitige Verflechtung der deutschen und der schweizerischen Wirtschaft wird unter anderem anhand der gegenseitigen Direktinvestitionen deutlich. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank betragen die unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen von Schweizer Investoren in Deutschland im Jahre 2016 38.8 Mrd. Euro (2015 34.7 Mrd. Euro) und machten 1.8 % des Gesamtvolumens aus. Die Schweiz hat im Jahr 2016 Italien auf Rang vier der Direktinvestoren in Deutschland abgelöst (im Jahr 2015 lag die Schweiz noch auf Platz 5). Die Schweiz ist ausserdem der grösste Investor, der nicht der EU angehört. Sie liegt damit noch vor den USA, welche mit einem Volumen von 28.9 Mrd. Euro oder 5.8 % des Gesamtvolumens auf dem 6. Platz liegen.<sup>130</sup>

Die Schweizerische Nationalbank verzeichnete Ende 2016 Direktinvestitionen aus Deutschland in Höhe von 31.5 Mrd. CHF, was 3 % aller ausländischen Investitionen in der Schweiz entspricht.<sup>131</sup> Damit investierten Schweizer Unternehmen absolut und relativ mehr in Deutschland als deutsche Unternehmen in der Schweiz.

Nach Angaben der deutschen Bundesbank waren im Jahr 2016 2001 Firmen in Deutschland gemeldet, deren Mehrheit einem schweizerischen Mutterunternehmen gehört, wobei die Anzahl Schweizer Firmen in Deutschland noch deutlich höher liegen dürfte<sup>132</sup> Direkt beschäftigten die gemeldeten Schweizer Unternehmen 426'000 Arbeitnehmende und machten einen Jahresumsatz von 152.1 Mrd. Euro. Nur niederländisch kontrollierte Unternehmen beschäftigten mehr Arbeitnehmende in Deutschland (605'000).<sup>133</sup> Der grösste Teil der FDI der Schweiz in Deutschland befindet sich im Bereich Finanz- und Holdinggesellschaften resp. Beteiligungsgesellschaften. Daneben sind Schweizer Unternehmen vor allem in den Bereichen Handel mit Kraftfahrzeugen und Maschinenbau tätig.<sup>134</sup>

Deutschland ist für viele Schweizer Firmen aufgrund der geografischen, kulturellen und sprachlichen Nähe ein bevorzugter Ort für Erstinvestitionen im Ausland. Gerade viele KMUs sind mit Niederlassungen, Produktionsstätten und Vertriebspartnern vertreten.

---

<sup>128</sup> *Ibid.*

<sup>129</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Themenseite Investitionsprüfung, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/investitionspruefung.html>.

<sup>130</sup> *Ibid.*

<sup>131</sup> Schweizerische Nationalbank, Direktinvestitionen 2016, [https://www.snb.ch/de/mmr/reference/Direktinvestitionen\\_2016/source/%20Direktinvestitionen\\_2016.de.pdf](https://www.snb.ch/de/mmr/reference/Direktinvestitionen_2016/source/%20Direktinvestitionen_2016.de.pdf).

<sup>132</sup> Die Anzahl der in Deutschland niedergelassenen Schweizer Firmen geht aus der Statistik der Deutschen Bundesbank zur Bestandserhebung über Direktinvestitionen hervor und basiert auf Meldungen der Unternehmen und Privatpersonen, die der Bundesbank einmal jährlich zu erstatten sind. Ausländische Unternehmen in Deutschland sind ab einem Betriebsvermögen von mehr als 3 Mrd. Euro meldepflichtig. Kleinere Unternehmen mit einem Betriebsvermögen von unter 3 Mio. Euro sind demnach nicht meldepflichtig und werden in der Statistik nicht aufgezeigt. Die Anzahl der Mitarbeitenden spielt dabei keine Rolle.

<sup>133</sup> Deutsche Bundesbank, Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2018 (aktuellste Zahlen Stand Ende 2016), <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/statistiken/statistische-sonderveroeffentlichungen/statistische-sonderveroeffentlichung-10/bestandserhebung-ueber-direktinvestitionen-2018-729620>

<sup>134</sup> *Ibid.*

## **5. Handels-, Wirtschafts- und Tourismusförderung, „Landeswerbung“**

### **5.1. Instrumente der Aussenwirtschaftsförderung**

#### **5.1.1 Swiss Business Hub, Switzerland Global Enterprise**

Seit 2002 besteht in Stuttgart der Swiss Business Hub (SBH). Die drei Schweizerischen Generalkonsulate in Frankfurt, München und Stuttgart sowie die Wirtschaftsabteilung der Botschaft in Berlin sind in Zusammenarbeit mit Switzerland Global Enterprise (S-GE) und dem SBH Stuttgart für die informative Grundversorgung exportierender und exportwilliger Schweizer Unternehmen zuständig. S-GE koordiniert eine Anzahl von Gemeinschaftsbeteiligungen von Schweizer Ausstellern an Leitmessen in Deutschland (z.B. Hannover Messe, Int. Süßwaren-Messe, Medica). Das Angebot richtet sich vor allem an KMUs, die von einer erprobten Infrastruktur profitieren können. Mitarbeitende der Schweizerischen Vertretungen besuchen nach Möglichkeit die wichtigen Messen und unterstützen den Schweizer Auftritt. S-GE führt zudem eine Anzahl von Veranstaltungen in Deutschland durch, um die Niederlassung von deutschen Unternehmen in der Schweiz zu fördern.

#### **5.1.2 Handelskammer Deutschland-Schweiz und VSUD**

Die Handelskammer Deutschland-Schweiz mit Sitz in Zürich bietet eine breite Palette von Dienstleistungen und Beratungen an. Sie ist eine wichtige Partnerin der Vertretung und der Unternehmen und betreut das Sekretariat der Arbeitsgruppe für den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse des bilateralen Regierungsausschusses. Zudem hat sie Einsitz in der trinationalen Arbeitsgruppe zu Fragen der Umsetzung der Personenfreizügigkeit. Etwa zwei Drittel ihrer Mitglieder sind in der Schweiz domiziliert.

In Basel ist die Vereinigung der Schweizer Unternehmen in Deutschland (VSUD) beheimatet, die die Interessen der Schweizer Unternehmen in Deutschland gegenüber der deutschen und der Schweizer Verwaltung vertritt. Sowohl die Handelskammer als auch die VSUD führen eine nicht abschliessende Liste der Schweizer Unternehmen in Deutschland.

#### **5.1.3 Verbände und Wirtschaftsclubs**

Verschiedene Wirtschaftsverbände wie Economiesuisse, Agromarketing Suisse, Swissem, Swissrail, ICT Switzerland, SEM, Swissbanking oder der Schweizerische Versicherungsverband in Deutschland sind mit Besuchen, Veranstaltungen oder Messebeteiligungen aktiv. In Berlin, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a.M., München und Stuttgart bestehen schweizerisch-deutsche Wirtschaftsclubs.

#### **5.1.4 Schweiz Tourismus**

Schweiz Tourismus verfügt in Deutschland über drei Aussenstellen (n Berlin, Frankfurt und Stuttgart) und ist an der Internationalen Tourismusbörse (ITB), der weltweit grössten Reisemesse, mit einem Schweizer Stand vertreten. Im März 2017 wurde eine neue Kampagne mit dem Titel «Zurück zur Natur» lanciert.

#### **5.1.5 Präsenz Schweiz (PRS)**

Die wichtigsten Gefässe der Unterstützung durch PRS sind Diskussionsveranstaltungen. Daneben gibt es die «Swiss Business Lunches» (SBL), an denen Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in regional stattfindenden Mittagsveranstaltungen zur Netzwerkpflege gebeten werden. Des Weiteren werden auf ein Thema und ein Zielpublikum hin gestaltete Informationsreisen in die Schweiz durchgeführt. Sowohl die Podiumsveranstaltungen in der Residenz der Botschafterin zu verschiedenen aktuellen Themen als auch die von der Botschaft organisierten Swiss Business Lunches und Reisen kommen bei unserem Zielpublikum sehr gut an und sind jeweils gut besucht.

### **5.2. Interesse Deutschlands an der Schweiz**

#### **5.2.1 Tourismus und Bildung**

2017 buchten **deutsche Touristinnen und Touristen** 3'745'134 (2016: 3'703'753) Logiernächte in der Schweiz; der Turnaround ist damit möglicherweise geschafft. Zum ersten Mal seit 2008 sind die Logiernächte deutscher Gäste gestiegen, auch wenn nur sehr leicht, nämlich um 1 %. Zuwachs bei den Übernachtungen gab es insbesondere in den städtischen Regionen wie Zürich und Luzern. Unter den Bergregionen ist vor allem Graubünden bei den Touristen aus Deutschland beliebt (knapp 780'000 Übernachtungen im Jahr 2017). Insgesamt machten die Bergregionen jedoch nur knapp 10 % der Logiernächte aus. Die Deutschen sind auch 2017 die mit Abstand grösste ausländische Besuchergruppe in der

Schweiz, gefolgt von den USA (1.7 Mio. Übernachtungen), UK (1.6 Mio. Übernachtungen) und China (1.3 Mio. Übernachtungen).<sup>135</sup>

Deutschland als Ferien- und Geschäftsdestination ist bei Schweizerinnen und Schweizern nach wie vor äusserst beliebt. Mit 6.7 Mio. Übernachtungen von Schweizer Gästen in Deutschland wurde der letztjährige Rekord nochmals um 100'000 Übernachtungen übertroffen.<sup>136</sup> Nicht nur geben die Schweizerinnen und Schweizer ihr Geld für Einkäufe im grenznahen Gebiet aus, viele verbringen auch ihre Ferien im Nachbarland, sei es beim Radfahren, Wandern, an den Stränden der Nord- und Ostsee oder Berlin.

Die Schweiz ist für **Studierende und Forschende aus Deutschland** sehr attraktiv. Dies geht einerseits auf den exzellenten Ruf zurück, den die Universitäten oder die ETH/EPFL geniessen. Gründe dafür sind die im Vergleich zu Deutschland weniger überfüllten Hörsäle, das bessere Verhältnis Dozierende/Studierende und weniger Numerus Clausus, andererseits auch die Bologna-Reform, die mit der Einführung von Bachelor, Master und Doktorat das Schweizer Hochschulbildungssystem mit dem deutschen kompatibel macht. Im Studienjahr 2017/2018 waren 11'976 deutsche Studierende an Schweizer Hochschulen eingeschrieben.<sup>137</sup> Die deutschen Studierenden bilden die mit Abstand grösste Gruppe ausländischer Studierender in der Schweiz. Mit 919 deutschstämmigen Dozierenden an Schweizer Hochschulen belegte Deutschland 2017/18 auch in dieser Hinsicht den ersten Platz. Insgesamt stammen 44 % aller ausländischen Dozierenden aus Deutschland.<sup>138</sup>

## 5.2.2 Investitionen

Die Schweiz verfügt über **zahlreiche Standortvorteile** und rangiert in den zahlreichen, nach verschiedenen Kriterien verfahrenen, Erhebungen über Attraktivität als Wohn-, Arbeits- oder Unternehmensstandort stets in den obersten Rängen. Die Deutschen erachten die Schweiz als sicheren, wenn auch sehr teuren, Investitionsort. Zunehmend wichtig für den Investitionsentscheid ist auch die hohe Qualität des Service Public (Schulen, Sicherheit, kurze Behördenwege etc.). Gegenüber Deutschland sind auf diesem Gebiet die Beziehungen eng und werden durch die oben genannten Akteure, die Regionen und Kantone sowie die Privatwirtschaft betrieben. Die Häufung von Volksentscheiden mit spürbarer Auswirkung auf den Wirtschaftsstandort (Bsp. Unternehmenssteuerreform/SV17) wird von den Investoren registriert und weiterverfolgt.

## 5.2.3 Finanzplatz Schweiz

Das 2012 gescheiterte bilaterale Steuerabkommen ist kein Thema mehr. Die grossen Schweizer Banken nehmen nur noch nachweislich versteuertes Geld an. Das Bekenntnis der Schweizer Regierung zur Einführung des globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) war Auslöser für die Entspannung der Situation.<sup>139</sup> Auf der Grundlage des AIA sammelt die Schweiz seit dem 1. Januar 2017 Daten und wird diese im Herbst 2018 erstmals austauschen.<sup>140</sup> Für sporadische Kontroversen, insbesondere im Lichte des letztjährigen Wahlkampfes, sorgen die von deutschen Steuerbehörden gekauften CDs mit Daten mutmasslicher Steuersünder. Die Aufarbeitung der Cum-Ex Geschäfte, worin auch eine Schweizer Bank involviert war, wirft in den Medien und der Öffentlichkeit weiterhin hohe Wellen. Zusätzlich zu den zivilrechtlichen Schadenersatzklagen hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt im Herbst 2017 auch Klagen wegen schwerer Steuerhinterziehung erhoben. Wen diese betreffen, dazu äussert sich die Staatsanwaltschaft nicht.

Deutschland steht im Kampf um eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen und Steuersätze für Unternehmen an vorderster Front der EU. Innerhalb der OECD war Deutschland eine treibende Kraft bei den Arbeiten zu den BEPS Richtlinien. Diese haben zum Ziel, die Gewinnverlagerung und Steuervermeidung international tätiger Unternehmen zu unterbinden. Zudem setzte sich Deutschland innerhalb der EU für das Massnahmenpaket zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAP) ein. Und auch in den G20 steht das Thema zuoberst auf der Agenda Berlins.

<sup>135</sup> Bundesamt für Statistik, Statistiken: Tourismus, Mai 2018, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/tourismus.assetdetail.2381041.html>.

<sup>136</sup> Statistisches Bundesamt, Tourismusstatistik, 2017, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BinnenhandelGastgewerbeTourismus/Tourismus/TourismusinZahlen.html>.

<sup>137</sup> für Bildung und Forschung (SBFI), 2018.

<sup>138</sup> Bundesamt für Statistik, Personal der Schweizerischen Hochschulen, 2017/18.

<sup>139</sup> Der Bundesrat, Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, 1. Januar 2017, <https://www.adm.ch/opc/de/classified-compilation/20042402/index.html>.

<sup>140</sup> Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, Finanzkonten, konsultiert im Mai 2018, <https://www.sif.admin.ch/sif/de/home/themen/informationsaustausch/automatischer-informationsaustausch/automatischer-informationsaustausch1.html>.



Im Dezember 2011 trat das revidierte bilaterale **Doppelbesteuerungsabkommen** in Kraft.<sup>141</sup> Der zweite Revisionschritt ist immer noch ausstehend, die Verhandlungen unter Federführung des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen SIF sind im Gange. Ein Abschluss ist frühestens Ende 2019 möglich.

---

<sup>141</sup> Der Bundesrat, Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, Stand Dezember 2016, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19710196/index.html>.

## ANNEX 1

### Wirtschaftsstruktur

Deutschland ist eine hoch entwickelte Industrienation mit einem Dienstleistungssektor von knapp 70 % und einem immer noch starken produzierenden Gewerbe von über 30 % des BIP. Deutschland erwirtschaftet weltweit das drittgrösste Exportvolumen<sup>142</sup> und der Anteil der Exporte am BIP beträgt 39.2 %.<sup>143</sup> Die Wirtschaft wird getragen von grossen multinationalen Unternehmen und einer breiten Basis von kleinen und mittleren Unternehmen (99.3 % aller Unternehmen, gut 60 % der Arbeitsplätze und 47 % des BIP).<sup>144</sup> Der Süden mit den drei Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern sowie Nordrhein-Westfalen tragen über die Hälfte zum BIP bei.

Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung (in %)	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0.78	0.94	0.78	0.64	0.64	0.70
Produzierendes Gewerbe, Baugewerbe	30.71	30.18	30.53	30.49	30.45	30.62
Dienstleistungsbereiche	68.51	68.87	68.69	68.88	68.91	68.68
- davon öffentliche Dienstleistungen (inkl. Erziehung und Gesundheit)	17.9	18.1	18.1	18.2	18.3	18.25

Quelle: Statistisches Bundesamt, Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand Juni 2018, Tabelle 2.2.1, Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/InlandsproduktsberechnungVorlaeufig.html>

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	in Tsd.	667	641	649	637	618	617
	%	1.58	1.51	1.52	1.48	1.42	1.39
Produzierendes Gewerbe, Baugewerbe	in Tsd.	10'406	10'448	10'504	10'517	10'534	10'638
	%	24.74	24.68	24.62	24.43	24.23	24.03
Dienstleistungsbereiche	in Tsd.	30'988	31'239	31'509	31'903	32'323	31'696
	%	73.67	73.80	73.86	74.09	74.35	71.68
- davon öffentliche Dienstleistungen (inkl. Erziehung und Gesundheit)	in Tsd.	10'009	10'107	10'282	10'462	10'735	10'943
	%	23.8	23.9	24.1	24.3	24.5	24.72
Insgesamt	in Tsd.	42'061	42'328	42'662	43'057	43'475	44'271
	%	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00

Quelle: Statistisches Bundesamt, Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand Juni 2018, Tabelle 2.2.9, Erwerbstätige.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/InlandsproduktsberechnungVorlaeufig.html>

<sup>142</sup> World Trade Organisation, World Trade Statistical Review 2017, Zahlen Stand Ende 2016, [https://www.wto.org/english/res\\_e/statis\\_e/wts2017\\_e/wts2017\\_e.pdf](https://www.wto.org/english/res_e/statis_e/wts2017_e/wts2017_e.pdf).

<sup>143</sup> Statistisches Bundesamt, Aussenhandel: Kennzahlen 2017, Zahlen Stand Ende 2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/GesamtentwicklungJahr.html>.

<sup>144</sup> Statistisches Bundesamt, Unternehmenssteuerstatistiken, aktuellste Zahlen Stand Ende 2016, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/KleineMittlereUnternehmenMittelstand/Aktuell\\_.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/UnternehmenHandwerk/KleineMittlereUnternehmenMittelstand/Aktuell_.html).

## ANNEX 2

### Wichtigste Wirtschaftsindikatoren

	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018 (Prog.)</b>
<b>BIP</b> (Mrd. USD)*	3'479	3'684	3'754
<b>BIP/Einwohner</b> (USD)*	42'249	44'549	45'395
<b>BIP-Wachstum</b> (in % des BIP)*	1.86	2.5	1.9
<b>Inflationsrate</b> (%)*	0.36	1.72	1.8
<b>Arbeitslosigkeit</b> (%)*	4.17	3.76	3.63
<b>Budget-Saldo</b> (% des BIP)*	0.78	0.87	0.62
<b>Ertragsbilanz</b> (% des BIP)*	8.55	8.05	8.23

\*) Quelle: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, Juli 2018.  
<https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2018/01/weodata/index.aspx>

## ANNEX 3

## Wichtigste Handelspartner Deutschlands 2017

Exporte 2017						Importe 2017					
Rang 2017	Bestimmungsland	Mrd. €	Anteil in %	Ver. (%) <sup>145</sup>	Rang +/- zu 2016	Rang 2017	Herkunftsland	Mrd. €	Anteil in %	Ver. (%)	Rang +/- zu 2016
1	USA	111.8	8.7	+4.7	-	1	China	101.8	9.8	8.1	-
2	Frankreich	105.7	8.3	+4.5	-	2	Niederlande	90.6	8.8	+9.0	-
3	Volksrepublik China	86.1	6.7	+13.3	+ 2	3	Frankreich	64.3	6.2	-2.0	-
4	Vereinigtes Königreich	85.4	6.7	-0.6	- 1	4	USA	61.9	6.0	+6.8	-
5	Niederlande	84.7	6.6	+7.9	- 1	5	Italien	55.3	5.4	+7.0	-
6	Italien	65.4	5.1	+6.8	-	6	Polen	50.5	4.9	+8.7	-
7	Österreich	62.7	4.9	+4.8	-	7	Tschech. Republik	45.7	4.4	+8.3	+ 1
8	Polen	59.0	4.6	+8.1	-	<b>8</b>	<b>Schweiz</b>	<b>45.7</b>	<b>4.4</b>	<b>+4.1</b>	<b>- 1</b>
<b>9</b>	<b>Schweiz</b>	<b>53.9</b>	<b>4.2</b>	<b>+7.5</b>	-	9	Österreich	40.7	3.9	+5.6	-
10	Belgien	44.3	3.5	+6.5	-	10	Belgien	40.5	3.9	+6.9	-
11	Spanien	43.1	3.4	+6.3	-	11	Vereinigtes Königreich	36.8	3.6	+3.3	-
12	Tschech. Republik	41.7	3.3	+9.3	-	12	Spanien	31.4	3.0	+ 12.7	-
	<b>EU</b>	749.9	58.6	+6.3			<b>EU</b>	586.1	56.8	+6.3	
	<b>Total</b>	1'279	100	+6.2			<b>Total</b>	1'031	100	+8.0	

## Quellen:

Statistisches Bundesamt, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2017, Oktober 2018.

[https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/Rangfolge-Handelspartner.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/Rangfolge-Handelspartner.pdf?__blob=publicationFile)

Statistisches Bundesamt, Zusammenfassende Übersichten zum Aussenhandel Deutschlands (*endgültige Jahresergebnisse*), Fachserie 7 Reihe 1 – 2017, November 2018. Tabellen 1.4.1 für Exporte 2017 und 1.4.2. für Importe 2017.

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenJendqueltig2070100177004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenJendqueltig2070100177004.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>145</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



## ANNEX 4

## Handelsverkehr mit Deutschland

	<b>Exporte</b> (Mio. CHF)	<b>Variation</b> (%)***	<b>Importe</b> (Mio. CHF)	<b>Variation</b> (%)***	<b>Saldo</b> (Mio. CHF)	<b>Volumen</b> (Mio. CHF)
2005	31'692	2.5	49'732	7.3	-18'040	81'424
2006	36'396	14.8	56'181	13.0	-19'784	92'577
2007	41'920	15.2	62'916	12.0	-20'996	104'836
2008	42'549	1.5	65'776	4.5	-23'227	108'326
2009	36'059	-15.3	55'013	-16.4	-18'953	97'072
2010	39'278	8.9	58'570	6.5	-19'293	97'848
2011	41'956	6.8	59'517	1.6	-17'561	101'474
2012*)	43'893	4.6	60'380	1.4	-16'486	104'273
2013	42'047	-4.2	55'624	-7.9	-13'577	97'672
2014	43'440	3.3	54'556	-1.9	-11'117	97'996
2015	39'661	-8.7	49'872	-8.6	-10'211	89'533
<b>2016</b> (Total 1)**	<b>42'734</b> (39'570)	<b>7.7</b> (8.0)	<b>51'075</b> (48'604)	<b>2.4</b> (3.5)	<b>-8'340</b> (-9034)	<b>93'809</b> (88'174)
<b>2017</b>	<b>45'166</b>	<b>5.7</b>	<b>54'542</b>	<b>6.8</b>	<b>-9'376</b>	<b>99'708</b>

\*) Ab dem 01.01.2012 hat die EZV die Berechnungsmethode für die Importe und Exporte geändert. Infolgedessen sind Vergleiche zwischen 2012 und den vorhergehenden Jahren nicht mehr möglich.<sup>146</sup>

\*\*\*) Total «Konjunktursicht» (Total 1): ohne Gold in Barren und andere Edelmetalle, Münzen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten

\*\*\*\*) Gegenüber Vorjahresperiode

## Wichtigste Produkte (Total 2)

<b>Exporte</b>	<b>2016</b> (% des Totals)	<b>2017</b> (% des Totals)
1. Produkte der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie	35.7	34.5
2. Maschinen, Apparate, Elektronik	17.6	16.6
3. Metalle	10.5	11.2
4. Präzisionsinstrumente, Uhren und Bijouterie	11.8	10.8

<b>Importe</b>	<b>2016</b> (% des Totals)	<b>2017</b> (% des Totals)
1. Produkte der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie	21.2	22.7
2. Maschinen, Apparate, Elektronik	17.6	17.2
3. Fahrzeuge	12.6	12.2
4. Metalle	10.7	11.1

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, Gesamttotal (Total 2): mit Gold in Barren und anderen Edelmetallen, Münzen, Edel- und Schmucksteinen sowie Kunstgegenständen und Antiquitäten, Stand November 2018.

<https://www.swiss-impex.admin.ch/>

<sup>146</sup> *Importe*: Verwendung des „Ursprungslandprinzips“ anstelle des „Erzeugungsländprinzips“. Das *Ursprungsland* bezeichnet jenes Land, in dem die Ware vollständig gewonnen oder überwiegend hergestellt wurde. Das *Erzeugungsländ* bezeichnete hingegen das Land, in welchem ein Produkt vor der Einfuhr in der Schweiz im freien Verkehr war. *Exporte/Importe*: Die **Aussenhandelszahlen werden mit Gold, Silber und Münzen** nach Ländern aufgeschlüsselt und als Bestandteil der Schweizer Aussenhandelsstatistik (Gesamttotal) in der online Datenbank *Swiss-Impex* integriert.

ANNEX 5

Wichtigste Investoren in Deutschland

Unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen in Deutschland nach Ländern (Stand Ende 2016) <sup>147</sup>						
Rang	Land	Direktinvestitionen In Mrd. Euro	Anteil in %	Veränderung Anteil in %	Veränderung Rang	Flüsse 2015
1	Niederlande	104.4	21.0	-0.3	-	101.1
2	Luxemburg	95.6	19.2	+0.1	-	91.4
3	Vereinigtes Königreich	42.4	8.5	-0.1	-	40.7
<b>4</b>	<b>Schweiz</b>	<b>38.8</b>	<b>7.8</b>	<b>+0.4</b>	<b>+1</b>	<b>34.8</b>
5	Italien	36.7	7.4	-0.4	-1	36.1
6	USA	28.9	5.8	-0.1	-	27.8
7	Frankreich	24.2	4.9	+0.3	+1	22.0
8	Österreich	24.1	4.8	-0.8	-1	26.3
9	Japan	19.7	4.0	+0.1	-	18.5
10	Spanien	9.7	2.0	+0.0	+1	9.6
	EU	378.3	76.1	-1.2		366.3
	Total	497.0	100.0	-		473.8

Quelle: Deutsche Bundesbank, Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland, April 2018.  
<https://www.bundesbank.de/resource/blob/729620/6a6a0d29e8a6a9937a4c580132f5161c/mL/2018-be-standserhebung-direktinvestitionen-data.pdf>

<sup>147</sup> Die im April 2018 veröffentlichten Zahlen betreffend Direktinvestitionen nach Länder (Stand Ende 2016) sind vorläufig und werden vonseiten der Deutschen Bundesbank innerhalb des nächsten Jahres angepasst.